

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inerate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 49.

Sonnabend, den 9. Dezember 1911.

15. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen. — Das Familienleben der Arbeiter. — Feuerung und Nothstand. IV. — Die Entwicklung der Zöbtliger Serpentinsteins-Industrie. II. — Wirtschaftliche Rundschau. — Wagenkrebs — Betriebsunfall? — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Beharrlichkeit führt zum Ziel. — Eigenartige Praktiken. — Statistisches über die Steinindustrie Bayerns. — Abrechnung der Zahlstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter vom 1. Juli bis 30. September 1911. — Abrechnung der Hauptkasse für das III. Quartal 1911. — Ueber die rechtliche Wirkung von Tarifverträgen. — Ein schmerzlich entlarvter Schwindel. — Heuileton: Die Färbung von Marmor. — Gedicht: Winters Einzug.

## Streiks, Sperrn und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret sind:** Rembach: Ja. Seubert. — Löwenberg: Ja. Ende. — Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers & Schille. — Witten: Firma Lüneburger & Franzen. — Erfurt: Kunststeinfabrik in der Radowitzstraße. — Osterwald-Mehle: Firma Meine & Illemann. — Ramenz: Schotterwerk Weiland. — Bürgstadt: Steinbruch Helmkecker. — Freiburg (Schlehen): Bildhauerei Pleische. — Neusorg (Oberpfalz): Fichtelgebirgs-Granit-Aktien-Gesellschaft.

**Steinwiesen.** Im Granitwerk Eisenhammer wurden große Abzüge vorgenommen. Auch Entlassungen kamen vor. Wenn Herr Popp in Zukunft Leute brauchen sollte, so ist Vorsicht am Plage.

**Alsteden a. S.** Wegen Lohnreduzierung wurde die Arbeit bei der Firma Schiller & Röder eingestellt.

**Birkenfeld bei Pforzheim.** Die Kollegen legten bei der Firma Gebr. Denzinger die Arbeit nieder. Die Ursache war Festsetzung von Akkordpreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellen.

**Gera.** Zugang von Steinmengen und Schleifern ist fernzuhalten.

**Bahn.** Arbeitsangebote für die Firma Anders, Bunsau, Betrieb Waltersdorf bei Bähn, sind unbedingt abzulehnen. Grund: Der neugeborene Polier sucht ein besonderes Verdienst darin, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in genanntem Betriebe zu verschlechtern.

**Porta bei Minden.** Die Firma Michelson ließ durch Agenten aus Böhmen und Italien Arbeitswillige heranziehen. Die angeworbenen Leute nahmen aber das Arbeitsverhältnis nicht an, weil ihnen die Löhne zu niedrig waren. Die fremdländischen Steinarbeiter sollten also die hiesigen Kollegen unmöglich machen, was aber — vorbeigelang.

**Schweiz.** Gesperret sind: Basel: Firma Hermann. — St. Margrethen: Sämtliche Betriebe.

## Das Familienleben der Arbeiter.

Bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird der alte Schwindel der bürgerlichen Parteien, daß die Sozialdemokratie das Familienleben zerstören will, auch wieder eine Rolle spielen. Denn zu keiner Zeit waren die bürgerlichen Parteien mit sachlichen Einwänden gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie so schwach bestellt, als wie in der Gegenwart. Um so eifriger werden darum aber die Gegner der organisierten Arbeiterschaft mit den alten Verleumdungen Abbruch zu tun versuchen. Und das dumme Gerede, daß die Ziele der Sozialdemokraten auch auf eine Zerstörung des Familienlebens hinauslaufen, wird ebenfalls wieder gehalten, den kleinen Mann und auch den Arbeiter, der mit den Absichten und Zielen der modernen Arbeiterbewegung nicht vertraut ist, vor der Sozialdemokratie zu erschrecken. — Da ist es dann ungemein interessant, an der Hand neuester Ereignisse auf dem Gebiete des Familienlebens-Schutzes der Arbeiter diese Frage, den Schwindel sowie die Heuchelei der bürgerlichen Familienretter näher zu beleuchten.

Wichtig ist ohne weiteres, daß das Familienleben in den Kreisen der Arbeiter manches zu wünschen übrig läßt. Aber die Schuld dafür trifft nicht in erster Linie die betreffenden Arbeiter oder die Arbeiterinnen, welche als Familienväter oder -Mütter ihre Obliegenheiten gegen ihre Kinder und ihren Haushalt nicht in entsprechendem Maße erfüllen. Sie würden sich gewiß mit ganzer Hingebung der Erziehung und Pflege der Kinder, der Versorgung und Instandhaltung des Haushalts widmen; denn der Familienfuss ist bei den Arbeitern mindestens in demselben Maße entwickelt, als bei den Angehörigen der bessergestellten Kreise. Aber es fehlt den Arbeitern und Arbeiterinnen an der notwendigen Zeit, den Familienfuss genügend betätigen zu können. Und wenn die Arbeiter ihre Familien und ihren Haushalt vernachlässigen müssen, dann trägt die Schuld auch dafür der Unternehmer, der durch eine unendlich lange Arbeitszeit den Arbeiter von seiner Familie zurückhält, der ferner durch die jämmerliche Bezahlung des Familienvaters auch noch

die Frauen in die Fabriken zwingt und so den Arbeiterkindern neben dem Vater auch noch die Mutter nimmt. Aber nichtsdestoweniger sind es nicht selten gerade diese Fabrikanten, die den Mund über die das Familienleben zerstörende Sozialdemokratie gewaltig voll nehmen.

Es ist ganz klar, daß, wenn ein Arbeiter täglich 10 bis 12 oder noch mehr Stunden im Betrieb festgehalten ist, diese Familienväter keine Zeit mehr haben kann, sich um seine Kinder zu kümmern. Und häufig kommt zu der langen Arbeitszeit noch ein weiter Weg zu der Arbeit und wieder heim, so daß oft genug der Fall eintritt, daß morgens in aller Frühe der Arbeiter seine Wohnung verlassen muß, wenn die Kinder noch schlafen. Und wenn der Vater abends heimkommt, schlafen die Kleinen schon wieder. Oder der Arbeiter ist müde, abgelenkt und dergleichen durch die Arbeit mitgenommen, daß ihm jetzt Lust und Neigung fehlen, sich mit den Kindern abgeben zu können. Schlimmer aber gestaltet sich dieser Uebelstand noch, wenn auch die Frau mit auf die Arbeit gehen muß. Freiwillig tut das wohl keine Mutter; sondern der unzureichende Verdienst des Mannes zwingt sie, in die Fabrik zu gehen. Die Kinder bleiben dann entweder allein daheim oder sie stehen unter der zeitweiligen Obhut fremder oder verwandter Leute. Seltener ist schon der Fall, daß die Kinder einer Bewahranstalt übergeben werden. Das ist ja alles so bekannt, daß man auf Einzelheiten dazu wahrhaftig nicht einzugehen braucht. Aber um so unverständlicher ist das törichte Gerede jener Leute die diese Zustände kennen müßten und die trotzdem, wenn in solchen Fällen das Familienleben der Arbeiter vollständig auf den Hund gekommen ist, dafür nicht die Gesellschaft anklagen, sondern dem Arbeiter selbst die Schuld dafür anrechnen. Will sich der Arbeiter selbst helfen, organisiert er sich und versucht er durch seine Organisation sich wieder die gesunden Grundlagen zu einem gedeihlichen Familienleben zu verschaffen, indem kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und vor allen Dingen ein weitgehendes Schutz der arbeitenden Frauen gefordert werden, dann stellt sich die bürgerliche Gesellschaft fest geschlossen diesem Begehren gegenüber. Dann heißt es, die Forderungen der Arbeiter sind unerschämte und die Arbeiterorganisationen bedrohen den Bestand der herrschenden Ordnung und des Wirtschaftslebens. Vornan in diesem Geschrei gegen die Gewerkschaften stehen aber nicht selten gerade jene Familienretter, die die Sozialdemokratie nicht laut genug der Zerstörung des Familienlebens zeihen können.

Und wie sich diese „Stützen des Arbeiterfamilienlebens“ jeder wirklichen Verbesserung der Voraussetzungen eines Familienlebens in den Arbeiterkreisen in der Praxis entgegenstemmen, so versuchen diese Leute auch jede gesetzgeberische Maßnahme zum Schutze des Arbeiterfamilienlebens zu hindern. Dafür lieferten die Verhandlungen im Reichstag am 18. November dieses Jahres ein deutliches Beispiel.

Es handelte sich um eine kleine Ergänzung der Gewerbeordnung bezüglich des § 120f.

Um diesen Antrag, mit dem in erster Linie die Sozialdemokraten das Familienleben der Arbeiter retten und festigen wollten, entspann sich eine lebhafte Diskussion. — Vor allen Dingen fiel aber dabei auf, daß die Regierung sich völlig ausschwiege. Derselben genügte es, daß die sämtlichen Rechner der bürgerlichen Parteien, die dazu sprachen, den sozialdemokratischen Antrag totzureden versuchten. Und nun traten die wackeren Kämpfer für die Rettung des Familienlebens der Arbeiter an. Vorweg einige Geistliche. Zuerst der protestantische Pfarrer Eberling von den Nationalliberalen. Dieser fromme Mann erklärte mit pastoralen Tonfall: „Das Familienleben ist eine sehr schöne Sache!“ Der Reichstag brach darüber in Heiterkeit aus. Und Eberling führte weiter aus: „Ich bin überzeugt, daß es eine Menge Reichstagsabgeordnete gibt, die auch wünschen möchten, der Bundesrat trafe Anordnungen, daß sie (die Arbeiter) ihr Familienleben oft in anderer Weise regeln könnten. Aber ich glaube, wir begegnen uns hier in schönen idealen Wünschen, die aber, in das Gesetz hineingeschrieben, für den Bundesrat unausführbare Anforderungen sein würden. Deshalb glaube ich, daß wir nicht in der Lage sind, diesen zustimmen zu können, so sehr wir aus vielen Gründen wünschen, daß eine übermäßige Arbeitszeit beseitigt wird.“ — Gleich diesem protestantischen Gottesmann erklärte sich auch der katholische Geistliche Pieper gegen den sozialdemokratischen Antrag. Gewiß, in der Theorie — so behaupteten die Herren vom Zentrum — sind auch sie für eine Stärkung des Familienlebens der Arbeiter, aber in der Praxis ginge das nicht so leicht. Und für den sozialdemokratischen Antrag könnten die arbeiterfreundlichen Herren aus dem Zentrum schon deswegen nicht sein, weil der Antrag einmal zu „unklar“ und zum andern für die Reichsregierung unannehmbar sei; denn diese wolle nur dem Maximalarbeitstag aus sanitären Gründen zustimmen. — Die übrigen Parteien — Konservative, Antisemiten und Freisinnige, von denen wiederum ein protestantischer Geistlicher Berichterstatter war — schwiegen sich aus. — Mit Recht wendete sich darum auch unser Genosse B e b e l gegen diese ganze arbeiterfeindliche Gesellschaft, der er folgende Anklage ins Gesicht schleuderte:

Ich will vor allen Dingen feststellen, daß all das, was die Herren Dr. Fleischer und Pieper heute gegen unsere Anträge in bezug auf das Familienleben usw. vorgetragen

haben, einfach dadurch hinfällig wird, daß das Zentrum selbst in früheren Jahren den Maximalarbeitstag bis 10 Stunden beantragt hat. Wenn Sie es im Interesse der Arbeiter, ihrer Gesundheit, ihres Familienlebens und ihrer Fortbildung für notwendig hielten, daß höchstens 10 Stunden gearbeitet werden dürfe, was sollen da all Ihre heutigen Einreden gegen unsere Vorschläge besagen? Und was bedeutet denn der Maximalarbeitstag, den höchstenfalls der Bundesrat vorschlagen wird? Zwölf Stunden ist die Zahl, die er bisher festgehalten hat, soweit Verordnungen vorliegen, bei den Bädern sogar bis zu 13½ Stunden.

Herr Dr. Pieper sprach davon, daß beim Familienleben vorzugsweise die Frau in Frage käme. Ganz gewiß! Aber ein Familienleben ist doch ohne Mann und Kinder, im engeren Sinne wenigstens ohne Mann nicht denkbar. Nun sollen aber Kinder in der Familie sein. Sie werden doch zugehen, Herr Dr. Pieper, daß der Mann bei der Erziehung der Kinder mit tätig sein soll, daß aus seinem Verhältnis als Familienvater ihm eine ganze Reihe von Aufgaben erwächst die er erfüllen soll. Ich verstehe nicht, wie es in erster Linie christliche Geistliche sind, die heute dagegen auftreten, daß derartige Schutzbestimmungen für Familien und Kinder in das Gesetz aufgenommen werden sollen. Das ist etwas, was ich nicht verstehe und was man auch draußen nicht verstehen wird, wenn man dort Ihren Standpunkt klar macht. Der Arbeiter soll sich doch auch ein bisschen um die Doffentlichkeit kümmern. Sie wollen doch haben, daß er wählt; Sie wollen doch haben, daß er auch weiß, wie er wählt. Da muß er sich um Politik kümmern, muß Zeitungen lesen können. Ja, wann soll er das tun?

Die Erkenntnis habe ich in dieser Stunde gewonnen: Wir sind in diesen Fragen im Reichstag nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen.“

In der Abstimmung wurde dann der Antrag der Sozialdemokraten gegen deren Stimmen abgelehnt. Sämtliche bürgerlichen Parteien hatten demnach weder das Verständnis noch den guten Willen dafür, der Arbeiterschaft in der Erhaltung ihres Familienlebens zu helfen und zu unterstützen.

Diese Beratungen am 18. November haben den bürgerlichen Parteien einmal wieder die Maske der Arbeiterfreundschaftsbeugelei vom Gesicht gerissen. Die Arbeiterschaft aber, der es bitter ernst mit der Sicherung und Pflege des Familienlebens ist, wird daraus die geeigneten Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

## Feuerung und Nothstand.

IV.

### Soziale Gerechtigkeit.

Je weiter Kreise des werktätigen Volkes erkennen mit wachsender Empörung, daß die Steuer- und Wirtschaftspolitik, an der die herrschenden und besitzenden Klassen festhalten wollen, für sie nur eine Politik der Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts ist, während die Lebensinteressen der Besessenen geschützt und gefördert werden. Und um so höher die Not des Volkes steigt, um so fester halten die herrschenden und besitzenden Klassen an der Verteuerungspolitik fest. Ist das die soziale Gerechtigkeit, die nach den täglichen Verteuerungen der Vertreter unseres Wirtschaftssystems, in Deutschland eine Pflanzstätte wie nirgends in der Welt gefunden haben soll? Ist das die soziale Gerechtigkeit, wenn dem wirtschaftlich Starcken aus der Not des Volkes noch besondere Gewinne erwachsen? Nimmermehr!

Während das werktätige Volk in angespannter und aufreißender Arbeit all die Bedarfsgegenstände des Volkes produziert, hat es zugleich einen noch aufreißenderen Kampf mit den schreienden Ungerechtigkeiten und mit den erschütternden Gefahren, die ihm aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erwachsen, zu kämpfen. Die Untergrabung der Gesundheit, die Gefahren der Frauen- und Kinderarbeit, die Berufskrankheiten und Betriebsunfälle, die zunehmende Arbeitslosigkeit — all diese Gefahren und Ungerechtigkeiten wurden immer mehr überboten von der Gefahr der Unterernährung. Gebot die Gewerkschaft den Lohnföhrungen Einhalt, so verschärfte die Verteuerungspolitik von einer anderen Seite her wieder die Gefahr der Unterernährung, und das arbeitende Volk sah sich immer erneut in einen verzweifelten Kampf gegen die Feuerung gedrängt, die noch dazu durch eine wachsende Wohnungsnot ungeheuer gesteigert wird. Aber dieser Verzweiflungskampf ist kein Anpassen mehr, ein Anpassen an die schlechtesten Daseinsbedingungen, er wird immer mehr zu einem Kampf um die soziale Gerechtigkeit. Das arbeitende Volk fordert in der Tat ernsthafte und grundlegende Maßnahmen. Das gerade aber ist es, was die besitzenden und herrschenden Klassen nicht erfüllen können. Sie wollen keine soziale Gerechtigkeit. Die kann ihnen nichts nützen. Sie wollen Vorteile und Gewinne aus der Arbeit des werktätigen Volkes ziehen. Deshalb kann es für sie keine soziale Gerechtigkeit geben. Die Kreuzzeitung hat das ganz unverhohlen in einem Artikel gegen die gesellschaftliche Arbeitslosenunterstützung, der gegen Mitte des Septembers d. J. erschien, ausgesprochen. Sie schreibt:

„Und zu diesem politischen und wirtschaftlichen Bedenken gesellt sich noch der moralische Nachteil: das Gefühl und die Gewißheit, daß für alle Lebenslagen vorgesorgt ist, muß ja geradezu den Charakter verderben. Je freier von Sorgen die Arbeiter sind und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben. Die Arbeiter sollten sich selbst helfen, einkend des Satzes: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“

Die ganze Niedertracht des kapitalistischen Wirtschaftssystems grüßt jenseits hervor aus diesen Zeilen. Arbeiterinnen und Arbeiter, laßt es nicht mehr zu, daß sich die Ausbeuter und Unterdrücker des arbeitenden Volkes mit dem Nimbus der sozialen Gerechtigkeit umgeben! Es werde ihnen zur Antwort: Wir

weisen auf eine soziale Gerechtigkeit, die alle Arbeiter unteilbar macht, die alle Arbeiter um ihr Leben betriegt, die Entbehrung und Sorge zum Ertrinken über alle Arbeiter kommen läßt, nur damit die bestehenden und herrschenden Klassen Vorteile über Vorteile haben können! Wir werden uns in der Tat selber helfen und durch eigene Kraft zu einer sozialen Gerechtigkeit gelangen, die dauernd allen Menschen gleiche Pflichten und Rechte sichert! Wir werden diese soziale Gerechtigkeit erringen dadurch, daß wir die Massen des arbeitenden Volkes organisieren! Diese Antwort hören die Feinde des arbeitenden Volkes und zittern!

Die herrschende Lebensmittel- und Wohnungsnot hat das arbeitende Volk so recht darüber belehrt, daß es ein weiteres Anpassen an die untergeordneten Daseinsbedingungen, daß es ein „Sparen in der Zeit“ nicht mehr geben kann. Das haben auch die bestehenden und herrschenden Klassen erkennen müssen. In ihrer Angst greifen sie zu den bedenklichen Mitteln der Entstellung und Verdrängung. So hat der Deutsche Landwirtschaftsrat in zwanzig Beisitzungen, die in einer Denkschrift an den Reichstag vereinigt sind, zum mindesten in ganz einseitiger Weise Stellung zu der Lebensmittelnot genommen. Für die Arbeiter kommt besonders der fünfzehnte Beisitz in Frage:

„Ueberblickt man die gleichzeitige Bewegung der Lebensmittelpreise und der Arbeitslöhne in den letzten dreißig Jahren, so erkennt man auf den ersten Blick, daß die Arbeitslöhne nicht nur nach ihrem Geldwert, sondern auch nach ihrem Realwert, d. h. im Verhältnis zu den Preisen aller Verbrauchsgegenstände unverhältnismäßig stärker gestiegen sind als die Lebensmittelpreise, eine schwerwiegende Tatsache, die im Verein mit der Arbeiterversicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität zu einer Hebung der Lage des gesamten deutschen Arbeiterstandes, wie in keinem andern Lande der Welt beigetragen hat. Auch aus diesem Grunde sollte es nur als ein Akt ausgleichender sozialer Gerechtigkeit angesehen werden, das vorübergehende (?) höhere Preisniveau verhältnismäßig höherer Lebensmittel, soweit es in diesem Jahre durch außergewöhnliche und elementare Ereignisse herbeigeführt ist, im Interesse der schwer geschädigten Landwirtschaft zu tragen.“

Nun, die Arbeiter verspüren nicht die mindeste Lust, im Interesse der Großgrundbesitzer, die ihre Interessen gewohnheitsmäßig mit denen der Landwirtschaft verwechseln, noch mehr zu darben. Zunächst richtet die organisierte Arbeiterschaft ihr Augenmerk auf die Erringung höherer Löhne. Denn es ist ihnen das selbe Recht zuzubilligen, wie allen andern Gesellschaftsklassen, die höheren Ausgaben mit einer höheren Bewertung ihrer Arbeitskraft und ihrer Kenntnisse begegnen müssen. Es hilft den Unternehmern nichts, wenn sie die Schuld an der Teuerung ausschließend der agrarischen Interessentypen zuschreiben wollen, oder wenn sie gar die Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit Lebensmitteln zu ober unter Selbstkostenpreis betreiben: sie müssen sich nach und nach zur Zahlung höherer Löhne verstehen, ohne daß es ihnen als ein Akt sozialer Gerechtigkeit angerechnet wird. Die Arbeiter lehnen jede Verantwortung für die kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe ab. Die Verantwortung lastet auf den Kreisen, die erst die ungeheuerliche Verteuerungspolitik ermöglicht und begünstigt haben. Sie lastet auf den Kreisen, die an der Verteuerungspolitik festhalten. Sie lastet weiter auf allen Volkswirtschaftlern und Volksbedürftigen, die durch ihre unbegrenzte Profitgier das arbeitende Volk in den Verzweiflungskampf hineingetrieben haben.

Alsdann richten die Arbeiter ihr Augenmerk auf die jogen. Volksvertretung und auf die Regierung. Von der gegenwärtigen Volksvertretung hat es sich bei den tagelangen Teuerungsbekämpfen herausgestellt, daß sie vollständig unfähig ist, den gerechtfertigten Wünschen des arbeitenden Volkes Rechnung zu tragen und der Teuerung wirksam zu begegnen. Dasselbe gilt von den Regierungsoberleitern, die alle die durchsichtigen Argumente der reaktionären Reichstagsmehrheit akzeptierten und alle übrigen Maßnahmen den Städten zuschoben. Ist aber die gegenwärtige Volksvertretung und die Regierung unfähig, dann wird das arbeitende Volk für eine befähigte Volksvertretung Sorge tragen, die eine unfähige Regierung sicher nicht dulden wird. Die Reaktion hat alle Vorbereitungen getroffen, um die kommenden Reichstagswahlen zu einem Volksgericht werden zu lassen.

Die Arbeiter sind angerichtet, angerichtet durch die volksfeindlichen Maßnahmen ihrer Ausbeuter und Unterdrücker, die allein verantwortlich zu machen sind für alle Folgen ihrer struppelosen Interessenwirtschaft.

## Die Entwicklung der Zöblitzer Serpentin-Industrie.

II.  
Am Schlusse des ersten Teils der Schilderung wurde auf das „Recht“ des sächsischen Kurfürsten hingewiesen, Serpentin zu brechen, wenn und wo es ihm beliebt. Aus diesem recht zweifelhaften Recht, das nur die Macht als Landesherr verlieh, entwickelte sich nun zum Schaden der Industrie das „Regalrecht“. Nach diesem hatte der Steindreher alle Blöcke, die beim Brechen ¼ Ellen im Quadrat und 3 Zoll dick ausfielen, unentgeltlich nach Dresden bezogen. In einen dazu besonders erbauten Regalshuppen abzuliefern. Diese Steine wurden dann vom kurfürstlichen Hof zu seinen Bauten verwendet. Begreiflich ist, daß diese willkürliche Maßnahme die Serpentinindustrie sehr erbitterte, denn die besten und größten Stücke waren abzuliefern. Begreiflich ist auch, daß sie diese Bestimmung dadurch zu umgehen suchten, indem große Blöcke sofort zerteilt wurden, allerdings konnten sie dieses nur, wenn der „Serpentininspektor“, der kurfürstliche Beamte, nicht zugegen war, der mit Argusaugen darüber wachte, daß an jedem Stück besagter Größe das „Regalzeichen“ angebracht wurde. Wenn nun auch durch diese Selbsthilfe wenig große Blöcke zur Ablieferung kamen, so konnten aber die Drechsler größere Arbeiten nicht ausführen, sie mußten sich auf die Herstellung kleinerer Verbrauchsgegenstände beschränken. Ja, der Hof hatte einen Bruch der roten Material lieferte, für sich mit Beschlag belegt, die Drechsler konnten und durften infolgedessen roten Stein nicht verarbeiten. Bei sechs Taler Strafe und Verlust der Waren durfte roter Stein nur für den Kurfürsten verarbeitet werden. Diese Bestimmungen haben sicher allerhand kleinliche Kämpfe unter den Steindrehern und Drechern herbeigeführt, denn der Angeberei war damit Tür und Tor geöffnet.

Welch kleinlicher Geist unter den Serpentin drehslern herrschte, zeigen einige charakteristische Bestimmungen aus ihrer Zunftordnung, die im wesentlichen die schon skizzierte Zunftordnung als Grundlage hatten. So bestimmte der Artikel 4 über Lehrlinge:

„Der Lehrling soll vor allen Dingen ehrlicher, untadelhafter Geburt, im Amt- und Bergstädtchen Zöblitz geboren, erzogen und sein Vater zu der Zeit, da der Sohn geboren, darinnen sesshaftig gewesen sein. Die Ehezeit dauerte drei Jahre und durfte sich der Lehrling „nirgendwo anders“ als an des Meisters Tisch, Kost und Wohnung aufhalten. Der Meister erhielt 6 Taler Lehrgeld und nach der Ehezeit das Bett des Lehrlings.“

Der Meister, der einen Lehrling ausgelernet hatte, durfte zwei Jahre lang, war es eines Meisters Sohn, ein Jahr lang keinen neuen annehmen.

Dann war genau bestimmt, unter welchen Voraussetzungen ein Geselle den Meister wechseln konnte, wieviel Mindestleistung der Geselle täglich aufzuweisen hatte. Der Geselle durfte nicht wandern!

Außerhalb der Innung durfte bei zehn Taler Strafe oder Gefängnis niemand Serpentinarbeiten anfertigen. Erregte einer von den Meistern bei den Quartalen (Zusammenkünften) Jant, so mußte er zur Strafe das Bierfach, soweit es ausgetrunken war, mit „tüchtigem“ Bier wieder füllen.

Die gefertigten Waren mußten beim Verlust dieser erst dem Inspektor (kurfürstlichen Beamten), dann den einheimischen Händlern zum Kauf angeboten werden. Erst dann konnte die Ware weiter verkauft werden.

Der Regalrechte verarbeitete, wurde mit zehn Taler Strafe bestraft.

Diese Bestimmungen hatten, von einigen Änderungen abgesehen, fast 200 Jahre Gültigkeit bis zur Einführung der Gewerbefreiheit. Die Bestimmung, daß der Geselle nicht wandern durfte, steht wohl einsig da, sonst weht aus der Zunftordnung derselbe Geist, wie aus denen anderer Berufe. Der kurfürstliche Beamte, Serpentininspektor genannt, machte sich große Rechte an, tyrannische nicht nur die Innungsmitglieder, sondern auch in der Stadt suchte er unumschränkt zu herrschen; allmählich hatte die Regierung das Brechen sämtlicher bunten Steine verboten und schäbte dadurch das Gewerbe ungemein. Erst später, wie die Industrie wieder abwärts gegangen und der Bruch mit dem roten Material „eröffnet“ war, da wurde das Material freigegeben.

Die Zöblitzer Innung suchte mit allen Mitteln die entstehende Konkurrenz hintenan zu halten. So hatten, durch die Erfolge des Zöblitzer Serpentin angepörrt, Nachforschungen ergeben, daß in Limbach und Waldbheim ebenfalls Serpentin vorhanden war. Ein Zöblitzer Dreher hatte die Proben verarbeitet und sie dem Zöblitzer ebenbürtig erklärt; diesem wurde von der Innung unterzagt, solches zu wiederholen und sie erklärte einfach den aufgefundenen Stein für „wildes Alabaster, der nicht blank gemacht werden könne“. Die Innung verbot dann den Drehern in Zöblitz das Auswandern, weil Limbach die Konzession zur Anlegung von Serpentinwarenfabrikation erhielt. Ja, der Auswandernde sollte sein Meisterrecht verlieren und niemals wieder in der Innung Aufnahme finden!

Diese Stellung der Innung war erklärlich, sie lag in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet und entsprang dem Selbsthaltungstrieb. Unbegreiflich war aber, daß die Steindreher sich allen Vorklägen gegenüber, um das angeammelte Wasser aus den Brüchen zu entfernen, ablehnend verhielten, auch von der Anlegung eines Stollen wollten sie nichts wissen; nach ihrer Auffassung lag tiefer nur „wildes Stein“. Dem Serpentin erstand nun eine fühlbare Konkurrenz durch englische Porzellan und Steingut. Um diesem abzuwehren, wurde hoher Eingangszoll für diese Waren verlangt, aber das Ausland als Absatzgebiet für Serpentinwaren ging immer mehr zurück. Als Ausland galt damals jedes Land, wo die Grenzen Sachsens zu Ende waren. Andre Länder erhoben nun teilweise für Serpentinwaren aus Zöblitz Eingangszölle, erschwerten den Hausierhandel; ja, Schweden verbot direkt den Hausierhandel mit Serpentin. Alles dieses schädigte das Gewerbe ungemein. Dazu kamen noch die Hungerjahre 1771, 1772, wodurch die Zahl der Steindrechsler sehr zusammenschmolz. Um nun diese Industrie zu heben, gab auf Verlangen die Regierung den roten Bruch frei, doch fehlte es den Drehern an Mitteln, um den Bruch vom Wasser zu befreien. 1772 gründete sich dann eine „Gesellschaft kurfürstlicher Patrioten zur fabrikmäßigen Bearbeitung des kurfürstlichen Opfels“. Die fertigen Waren wurden in Leipzig ausgestellt, häuften sich, weil keine Abnehmer vorhanden. Schließlich mußten die Waren veranktioniert werden. Dieser mit so großen Hoffnungen aufgebaute Plan war damit zerfällt, zum Ueberflus kam dann noch eine Feuersbrunst in Zöblitz 1774 und brachte fast alle Dreher um ihr bißchen Hab und Gut.

Um das Gewerbe auf ein höheres Niveau zu bringen, tauchten nun verschiedene Vorschläge auf: Zeichenunterricht für die Gesellen, und um verständige Bruderdreher zu besitzen, sollte jeder ein Jahr lang zur Bergarbeit angehalten werden. Zur Bildung des Geselms sollte eine Sammlung von Gesellen angelegt werden, um an diesen die Formen zu studieren; dem Handel sei durch eine „Verkaufsanstalt“ aufzuhelfen usw. Durch die Eingabe eines Zöblitzer Privatmanns wurde die Regierung auf die mifliche Lage des Gewerbes aufmerksam gemacht; in dieser Eingabe war unter anderem folgendes enthalten:

„Ein großer Schaden sei der Mangel an Gemeingeist und die Neigung aller, mit Serpentin zu handeln. Ein Fehler sei es, daß den Gesellen das Wandern verboten sei. Wer etwas besser machen wolle, werde unterdrückt“ usw.

Erst später kam die Regierung dem Gewerbe zu Hilfe, sie spendete jährlich 120 Taler zum Zeichenunterricht, außerdem 100 Taler zur Wiederherstellung der Brücke und 1836 hob sie das Regalrecht auf unter der Bedingung, daß die Serpentin dreher sich allezeit den Anordnungen der Regierung fügen und alle Kräfte aufbieten sollten, um das Gewerbe zu heben. Würden sie dieses nicht tun, würde das Regalrecht wieder eingeführt! — Mittlerweile hatten sich innerhalb der Innung zwei Bruchgesellschaften gebildet; alle Versuche, diese zu vereinigen, schlugen fehl, ebenso wurde die Zeichenschule von der Innung nicht mehr unterstützt. Darauf zog nunmehr auch die Regierung ihre unterstützende Hand zurück, denn den eigenstinnigen Innungsmitgliedern war nicht zu helfen. Erst die Gewerbefreiheit konnte hier aufräumen. In den sechziger Jahren traten dann einige Hamburger Geldleute zusammen als „Zöblitzer Serpentin-Attien-Gesellschaft“. kauften sämtliche Steindreher, richteten Maschinen ein mit Wasser- und Dampfkraft. Einige von den Drehslern arbeiteten nunmehr in der Fabrik, andre wurden Heimarbeiter für die Fabrik. In wenigen Jahren fand dann noch zweimal ein Firmenwechsel statt. Im Jahre 1880 hatte ein Konsortium „Sächsische Serpentin-Gesellschaft“ zu Zöblitz, Wieland u. Co., die Fabrik inne. Damals wurden nach den Ueberlieferungen 14 Mann beschäftigt. Diese Fabrik war ausgerüstet mit sechs Gattersägen, 65 Drehbänken, 5 Zirkelsägen, 4 Hobelmaschinen, 6 Laubsägen, 2 Fraismaschinen, 3 Schleif- und Poliermaschinen, 4 Bohrmaschinen, 1 Sandgebläse usw. Nunmehr wurden nicht nur Verbrauchsartikel, sondern auch Bauarbeiten, Grabdenkmäler, große öffentliche Denkmäler usw. hergestellt. Aber auch diese Gesellschaft prosperierte nicht, wie man hoffte, die Löhne sanken auf 1.80 Mk. herab und der Direktor Wieland endete, angeblich wegen Geschäftsversagen, durch Selbstmord! — Mit dem Serpentin-gewerbe ging es, wie die Schilderung beweist, auf und nieder, aber immer fanden sich wieder Personen, die Zeit und Geld riskierten, um das Gewerbe wieder hoch zu bringen. Verwunderlich ist das weiter nicht, denn dem Serpentin als solchen ist noch keine Konkurrenz entstanden, auch wird er nur dort verarbeitet, wo die Fundstelle ist, Rohmaterial wird nicht verkauft. — Die obengenannte Gesellschaft besteht heute noch, der Betrieb ist bedeutend vervollkommenet, der modernen Maschinentechnik angepaßt, auch die Bruchverhältnisse gestatten eine ergiebige Ausbeute. Außer einer weiteren kleineren Firma in Zöblitz befindet sich in Anspruch bei Zöblitz eine größere Fabrik. Diese drei Firmen beschäftigen zirka 180 Arbeiter.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Betrieben sind heute noch sehr unterschiedlich, obgleich es im Sommer gelungen war, diese Verhältnisse etwas zu equalisieren, denn bei zwei Firmen bestand noch die elfstündige Arbeitszeit. Die drei Firmen selbst machten sich gegenseitig fühlbare Konkurrenz. Erst nachdem die Arbeiter durch ihre Organisation mit Forderungen herausrückten, fand eine Verständigung der Firmen unter sich statt über die Verkaufspreise; jedenfalls sind auch andre Bestimmungen getroffen, die auch die Arbeiter betreffen, so der Wechsel der Arbeitsstellen usw. Leider wird diesem Vorgang von den Arbeitern viel zu wenig Beachtung geschenkt und mancher, der erst mit Begeisterung in den Verband eingetreten, sieht wieder abwärts mit der alten Lebensart: „Es hat doch keinen Zweck!“ Im allgemeinen steht der Lohnarbeiter des Erzgebirges der zähen Organisationsarbeit indifferent gegenüber, er ist abgestumpft, gleichgültig, wohl flammte es mal auf, aber dauernd hält es bei wenig; das kann man auch bei unsern Kollegen in der Serpentinindustrie beobachten. Kommen nun gar noch Maßnahmen seitens der Unternehmer hinzu, wo er glaubt, es gelte

ihm als organisiertem Arbeiter, dann bricht der Organisationsgedanke, der Allgemeinfinn, vollständig zusammen und sucht nur für sich allein zu streben. Mag sein, daß hier seitens der Firmen eine gewisse Praxis beliebt wird, denn auffallend ist, daß die Arbeiter, wo noch einige Märkte zu verdienen sind, den Unorganisierten zugeschoben werden. Ist es nicht Absicht, sondern Zufall, dann allerdings ein recht unangenehmes!

Die Entwicklung in der Industrie des Zöblitzer Serpentin ist noch nicht abgeschlossen und zu wünschen wäre im Interesse der Arbeiter, daß sie sich davon nicht überholen lassen. Gegen die erfreuliche Hebung, soweit die Verkaufspreise und das Absatzgebiet in Frage kommen, wird kein vernünftiger Mensch etwas einwenden können, nur zu bedauern ist, daß von der Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit aus der Junfzeit die jetzigen Serpentin-Steinarbeiter viel geerbt haben und nicht verstehen, bei der jetzigen Entwicklung für sich auch etwas herauszuholen. H. S.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Elektrizitätsindustrie: der Siemens-Schudert-Konzern. — Die hohen Gewinne der Großbrauereien: Schultheiß und Pagenhofer.

Aus der Elektrizitätsindustrie mehren sich die Nachrichten, die auf einen überaus günstigen Stand dieser, für die wirtschaftliche Allgemeinheit so charakteristischen Gewerbe hinweisen. Der in der Generalversammlung bekannt gegebene Auftragsbestand der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (per 30. September 622 Millionen Mark gegen 270 Millionen Mark vor Jahresfrist) überraschte allgemein durch seine Höhe, obwohl es an zwar unbestimmten, aber hoffnungsvollen Voraussetzungen nicht gefehlt hatte. Die in der Aufsichtsratsitzung vom 21. November mitgeteilten Bilanzen des Siemens-Schudert-Konzerns standen gleichfalls mit allen vorangegangenen Abschlüssen der andern großen Werke in Einklang. Greifen wir speziell die Siemens u. Halske-Aktiengesellschaft heraus, die seit 1908/09 mit einem Grundkapital von 63 Millionen Mark wirtschaftet, so verzeichnete sie für das mit dem 30. Juni endende letzte Geschäftsjahr einen gegen das Vorjahr um 824 000 Mk. höheren Reingewinn. Wenn sie trotzdem die Dividende nicht über die statliche Höhe von 12 Prozent hinausstreben will, so kommt das den Rücklagen aller Art zu gute: dem Reservefonds sind 700 000 Mk. mehr zugeschrieben, dem Dispositionsfonds werden abermals 350 000 Mk. zugeführt, als Vortrag sind 1 084 970 Mk. (gegen 1 060 551 Mk. im Vorjahr) berechnet; die um 100 000 Mark gesteigerten Gratifikationen werden sich wohl auch nur zu einem ganz bescheidenen Teile in Zulagen zu Löhnen und Kleingehältern auslösen. Die letzten vier Geschäftsjahre von Siemens u. Halske ergeben folgende Aufwärtsentwicklung, in der sich selbst das Krisenjahr 1907/08 nur in ganz abgeschwächtem Maße fühlbar machte:

	1910/11	1909/10	1908/09	1907/08
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Reingewinn . . . . .	12 328 743	11 504 258	11 420 000	9 688 263
An Reservefonds . . . . .	2 200 000	1 500 000	1 500 000	1 460 000
An Dispositionsfonds . . . . .	350 000	350 000	350 000	300 000
Gratifikationen . . . . .	800 000	700 000	650 000	600 000
Dividende in Mark . . . . .	7 500 000	7 500 000	7 500 000	5 995 000
Dividende in Prozent . . . . .	12	12	12	11
Vortrag . . . . .	1 084 970	1 060 551	1 037 014	1 036 512

An den Siemens-Schudert-Werken sind Siemens u. Halske mit 45,05 Millionen Mark, die Nürnbergger Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (vormals Schudert u. Co.) mit 44,95 Millionen Mark Gesellschaftskapital beteiligt. Die Ueberholung des Vorjahres durch das eben abgelaufene Geschäftsjahr ist hier noch viel kräftiger. Der Reingewinn schwoll von 10,6 auf über 13,4 Millionen Mark an. Die Dividende will man deshalb zwar nicht über die gewöhnlichen 10 Prozent empor steigern, aber nicht weniger wie 2½ Millionen Mark sollen als Reserve beiseite gelegt werden. Die Gratifikationen sind hier gleichfalls um 300 000 Mk. vermehrt, so daß folgender Vergleich mit den beiden Vorjahren zu ziehen ist:

	1910/11	1909/10	1908/09
	Mk.	Mk.	Mk.
Reingewinn . . . . .	13 430 067	10 602 481	10 267 876
An die Reserve . . . . .	2 500 000	—	—
An den Dispositionsfonds . . . . .	350 000	350 000	350 000
Gratifikationen . . . . .	1 800 000	1 000 000	850 000
Dividende in Mark . . . . .	9 000 000	9 000 000	9 000 000
Dividende in Prozent . . . . .	10	10	10
Vortrag auf neue Rechnung . . . . .	280 067	252 481	67 876

Bei Siemens u. Halske wurde schon länger von einer bevorstehenden Kapitalerhöhung gemunkelt; für die „nächste Zeit“ wird die Absicht jetzt bestritten. Die Anteile für den Aufsichtsrat sind in dem Preßkommunique nicht angegeben, doch glaubt das Berliner Tageblatt, sie auf 333 773 Mk. berechnen zu können, gegen 333 707 Mk. im Vorjahr und 331 995 Mk. in 1908/09. Das wäre in drei Jahren rund eine Million Mark für die gewiß nicht übermäßigen Bemühungen einer Handvoll von Finanzgrößen und Bankvertrauensmännern.

Nicht ohne Kopfschütteln wird mancher die Geschäftsüberblicke der Großbrauereien lesen. Diese Brauereien haben es jederzeit trefflich verstanden, sich als die widerstandsunfähigen Opfer von politischen und sonstigen Maßnahmen aller Art hinzustellen. Sie haben in dieser Beziehung niemals gerührt, bis durch Zeitungen und Parlamente die allgemeine Stimmung soweit zu ihren Gunsten vorbereitet war, daß man nicht bloß jeden wirklichen Schaden ausgleichen, sondern auch gleich noch eine ganz erkleckliche Mehrbeute davontreiben konnte. Wirte, Händler, Konsumenten haben schließlich alleamt die „Abwehr“maßnahmen der Großbetriebe über sich ergehen lassen müssen; nur die Kleinbrauereien selber haben, statt an der Tragung der Opfer teilzunehmen, größere Gewinne einzustreichen gewußt.

So spricht der Jahresbericht der Schultheißbrauerei, des größten deutschen Unternehmens dieser Branche, von dem „günstigen Brauereijahr 1910/11, das bei fast allen Brauereien eine Erhöhung der Gewinne und vielfach auch der Dividenden ermöglichte“. Die Schultheißbrauerei selber hat ihren Absatz binnen eines Jahres um 218 746 Hektoliter gesteigert, also um nicht weniger als 16 Prozent des vorjährigen Gesamtabsatzes. Das ist allerdings nicht alles nur natürlicher Absatzzuwachs der alten Betriebe, aber doch fast alles, denn die neuerworbene Brauerei Pfeifferhof in Breslau fällt zunächst nur mit einem Ausstoß von etwa 55 000 Hektolitern in das Gewicht; sie wird einer großen technischen und baulichen Umgestaltung unterworfen, ehe sie ihre volle Leistungsfähigkeit entfalten kann. Die Steigerung der Steuern und Abgaben ist bei Schultheiß selbstverständlich sehr empfindlich, aber immerhin beansprucht sie von den drei Millionen Mark Brutto-Mehrertrag nur wenig mehr als eine Million (Steigerung beim Bruttoertrag von 10 138 782 auf 22 180 310 Mk., bei Steuern und Abgaben von 5 670 324 auf 6 725 550 Mk.). Der Nettogewinn stellt sich auf 2 492 344 Mk. (gegen 2 348 312 Mk.), also auf über 140 000 Mk. mehr wie im Vorjahre. Die Dividende soll von 14 auf 15 Prozent erhöht werden. Daneben sind die Abschreibungen von 1,47 auf 1,99 Millionen Mark gewachsen. — Nebenbei konstatiert der Geschäftsbericht von Pagenhofer (Friedrichshöhe) eine „außerordentlich hohe Absatzzunahme“, eine Mehrverwendung von 123 487 Mk. zu Abschreibungen, und er will schließlich 850 500 Mark statt 793 800 Mk. oder 14 statt 12 Prozent (1908/09 und 1907/08 nur 11 Prozent) als Dividende ausgeworfen sehen.

Um so trüblicher liegen die Dinge natürlich in den Kreisen der mittleren und kleinen Brauereien, die einem viel erbitterteren Konkurrenzkampf seitens der Großen ausgesetzt sind, während man gleichzeitig alle zweifelhafteren Abnehmer und schlechteren Schuldner mehr und mehr auf sie abgeschoben hat. Wenn

verprießener der Pagenhofer die Darlehen mit nur 774 953 statt 824 578 RM. und sonstige Schuldenaufstellungen mit nur 327 074 statt 333 549 RM. aufzutreten, so beweist dies, wie sehr man unsichere Posten auszumergen und die Liefer- und Kreditbedingungen zu verschärfen verstanden hat, natürlich vielfach zum Nachteil der schwächeren Brauereien, die um so bedenklicher mit faulen Geschäften und schwachen Zahlern belastet sind.

Berlin, im Dezember 1911.

Max Schippel.

## Magenkrebs — Betriebsunfall?

Diese strittige Frage eines Steinhauerpoliers beschäftigte nicht weniger als zweimal das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Magdeburg und auch das Reichsversicherungsamt zu Berlin, um eine definitive Entscheidung herbeizuführen zu können. Der Sachverhalt und Tatbestand war folgender:

Im August 1907 und am 22. Juli 1908 erlitt der Steinhauerpolier H. zu Schlewecke (Harz) beim Steinbruchbesitzer Woffe am Brockenfuß des Harzes je einen Betriebsunfall. Beim ersten Unfall war H. von einer Wagentischel eines vom Brocken abhänge herabrollenden Steinwagens in der rechten Magenenge derartig getroffen worden, daß er mehrere Meter fortgeschleudert und wimmernd seine Mitarbeiter um Hilfe rufen mußte. Die stumpfe Gewaltwirkung (Seitenschlag der Wagentischel) war so heftig gewesen, daß die getroffene Stelle nach einiger Zeit fast schwarz angeschwollen und ständige Schmerzen innerlich verursachte. In der vorhandenen Verbände wurde der Verletzte eingerieben mit den dort vorhanden gewesenen Einreibungsmittele. Leider ging H. erst nach einigen Wochen zum behandelnden Art. Dr. Franke-Harzburg, weil er Appetitlosigkeit und keine Abnahme der ständigen Schmerzen verspürte. Dieser ärztliche Gutachter nahm die Unfallsache aber auch nur leicht auf und verordnete nur Einreibungsmittele, so daß H. als Steinhauerpolier im fränkischen Zustande Arbeiten leichter Art weiterverrichtete, aber ständig an Körpergewicht abnahm. Am 22. Juli 1908 wollte H. nun seinen unterstellten Mitarbeitern beim Umwälzen eines 5-6 Zentner schweren Steinblocks helfen, wobei er aber infolge Umschlagens des Steins gegen die Brust und den Unterleib getroffen wurde und somit den zweiten Unfall erlitt, wodurch eine Ohnmachtsanwendung und heftige Magenblutung herbeigeführt wurden. Trotzdem beide Unfälle der hannoverschen Bauwerks-Versicherungsgesellschaft gemeldet waren, erteilte sie nur für den letzten Unfall die erforderlichen „Ablehnungsbescheide“, wurde aber vom vorgenannten Schiedsgericht am 13. Mai 1909 zur Zahlung der Unfall-Vollrente verurteilt, wogegen auf den zuerst erteilten Betriebsunfall nicht reagiert wurde. Ob hier Absicht oder etwas andres vorlag, soll hier nicht erörtert werden.

Am 10. Juli 1909 verstarb nun H. an den Folgen von Magenkrebs, wie der Befund der Sektion ergeben hatte. Selbstverständlich lehnte genannte Versicherungsgesellschaft den Antrag der Witwe H. auf Zahlung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente ab, so daß wiederum das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zur Entscheidung angerufen werden mußte. Genanntes Gericht verurteilte am 1. Dezember 1909 auch die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente. Hiergegen beschritt diese das Rekursverfahren beim Reichsversicherungsamt zu Berlin und hob dieses die Schiedsgerichtsentscheidung am 1. Juli 1910 zwecks weiterer Beweishebung und Feststellung des ersten Unfalls wieder auf. Trotzdem nun diese erneute Beweishebung zugunsten der Hinterbliebenen ausfiel, lehnte die hannoversche Bauwerks-Versicherungsgesellschaft abermals die Gewährung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente ab, so daß wiederum das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung infolge Klageanhangigmachung angerufen werden mußte. Dieses verurteilte nun am 7. Juni 1911 zum zweiten mal die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente in L. 27.20 RM. Kosten, so daß endlich die Witwe des Verstorbenen zu ihrem Rechte kam! Nicht weniger als vier Aerzte (Dr. Franke-Harzburg, Dr. Pläthner-Harzburg, Professor Dr. Geh-Göttingen und Sanitätsrat Dr. Müller-Halberstadt) und zwei Zeugen als erkrankender Arzt des H. den durch Magenkrebs herbeigeführten Tod als Betriebsunfall ab, wogegen die andern drei Gutachter das Gegenteil konstatierten! Sanitätsrat Dr. Müller als Vertrauensarzt des Schiedsgerichts sagte am Schlusse seines erstatteten Gutachtens u. a.: „Der unmittelbare und fernere Verlauf zwingt zu der Annahme, daß auf Grund der Magenverletzung sich ein Magengeschwür entwickelte. Heilung trat nicht ein, sondern es ging der Zustand direkt über in Erkrankung an Magenkrebs, der schließlich zum Tode führte. Danach komme ich zu dem Gutachten, daß der Tod des Steinhauerpoliers H. höchstwahrscheinlich mit dem im August 1907 erlittenen Betriebsunfall in ursächlichem Zusammenhange steht und auf diesen zurückzuführen ist.“ Dieser Begutachtung hatte sich das Schiedsgericht angeschlossen und somit den Magenkrebs in diesem Falle als Betriebsunfallfolgen anerkannt! Eigenartig muß das Verhalten der Versicherungsgesellschaft bezeichnet werden, da sie keine Ermittlungen über den ersten Unfall früher veranlaßt hatte. Erst das Arbeitersekretariat zu Braunschweig mußte hier nachhelfen und dieses veranlassen, wodurch der Witwe ihre Hinterbliebenenrente wurde. Im Interesse der Verletzten und Beser kann es deshalb nur liegen, wenn vorstehende Zeilen für die Zukunft beachtet werden, dann dürfte der Zweck derselben erfüllt sein.

R. V.

## Korrespondenzen.

Berlin. Eine gut besuchte kombinierte Steinarbeiterversammlung tagte am 29. November im großen Saale der Arminhallen. Sie hatte sich mit dem für die Berliner Steinarbeiter so wichtigen Punkte: Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu befassen. Kollege Winkler erstattete in eingehender Weise Bericht über die von der Kommission angearbeitete Vorlage über örtliche Arbeitslosenunterstützung. Er trat warm für die Vorlage ein und wies an Beispielen von andern Gewerkschaften nach, daß deren Unterstützungen die unsrer Vorlage nicht viel übersteigen. In der Debatte kamen hauptsächlich die Gegner der örtlichen Unterstützung zum Wort. Ein Kollege scheint es als seine wichtigste Aufgabe zu halten, ständig gegen jede Vorlage, die die Unterstützung der arbeitslosen Kollegen betrifft, Sturm zu laufen. Bei jeder Vorlage eröffnet er den Meigen und operiert mit solchen Gründen, daß man erstaunt ist, solche Worte von einem organisierten Arbeiter zu hören, zumal noch in Berlin. Nebenbei sei noch bemerkt, daß gerade dieser Kollege bis jetzt immer in Arbeit gestanden hat. Andre Redner führten an, daß nur eine zentralisierte Arbeitslosenunterstützung einführbar wäre. Ein Kollege vergaß sich so weit, sogar die Kommission noch zu verächtigen und die Kollegen vor dem Nachwerk zu warnen. Alle Gründe, die von seinen Freunden der Vorlage vorgebracht wurden, waren nicht stichhaltig. Nur was die Gegner vorbrachten, das wurde von der Mehrheit akzeptiert. Man kann diese Art von Gründen nicht hier schildern, für die Zahlstelle Berlin würde es kein Renommee bedeuten. Die per Stimmzettel vorgenommene Abstimmung ergab, daß für die Vorlage 189, dagegen 206 Kollegen waren. Der Grund liegt aber nur in der Erhöhung der örtlichen Beiträge. Für seine arbeitslosen Kollegen hat ein großer Teil der Berliner Steinarbeiter nichts übrig. Ueberstunden schieben, Tag und Nacht hintereinander arbeiten, das sind Fälle, wie sie nur in Berlin vorkommen können, mögen die Ar-

bettlosen Betteln gehen, wenn sie hungrig sind, so denkt der eine Kollege gegen den andern Arbeitsbruder. Die von der Platzvertreterung bewilligten 100 Mark für die durch Hochwasser geschädigten Kollegen in Heidingsfeld wurden von der Versammlung genehmigt.

Alle über vier Wochen arbeitslose und Franke ausgesteuerte Kollegen erhalten ein Weihnachtsgeld von 5 Mark sowie pro Kind 1 Mark. Der von der Platzvertreterung in den Verband aufgenommenen Polier Müller wurde von der Versammlung wieder ausgeschlossen wegen seiner an den Kollegen begangenen Schädigungen. Zur Beachtung diene für die Mitglieder unserer Zahlstelle, daß Kollegen, die zum 1. Januar die Wohnung wechseln oder den „Steinarbeiter“ bisher nicht erhalten haben, ersucht werden, ihre alte und neue Adresse sofort (spätestens bis 11. Dezember) im Verbandsbureau (Engel-Ufer) abzugeben. Später eingehende Meldungen können für das nächste Quartal nicht mehr berücksichtigt werden.

Berlin. Hier sind momentan viele Kollegen arbeitslos, und es ist gar nicht so leicht, auf längere Zeit Beschäftigung zu finden. Um so mehr wundert es uns, daß es noch Poliere gibt, die ohne weiteres ausländische Arbeiter heranziehen wollen. Aber man ist im Ausland auch nicht mehr so naiv, ohne weiteres den Verdungen einiger Anpreisler Folge zu leisten. Der „Oesterreichische Steinarbeiter“ enthält am 30. November folgende Notiz: „Der den Wiener Kollegen bekannte Steinhauerpolier Schifauer, gegenwärtig bei der Firma Köstner in Berlin beschäftigt, beabsichtigt seinen Leutestand aus Wiener Steinmehgen zu ersetzen. Es sollen das selbstständig willfähige Elemente sein, die sich nicht weigern, mit Streikbrechern und Unorganisierten zu arbeiten. Die Berliner Kollegen haben sich geweigert, so wie es auch in wiederholten Fällen die Kollegen in Wien gemacht haben. Ueberstunden zu leisten oder mit Organisationschädigungen zu arbeiten. Wenn also der Steinhauerpolier Schifauer Marmorverleger oder Steinarbeiter für die Firma Köstner in Berlin anwirbt, so seien nicht nur die Wiener, sondern auch die österreichischen Steinarbeiter vor der Arbeitsaufnahme gewarnt.“ In solcher famosen Weise nützen diese Leute nun das Gastrecht aus. Die Firma Köstner wäre gut, wenn sie ihrem Polier aus Gründen der Reputation sein Treiben untersagen würde.

Neuchâtel. Vor einer starkbesuchten Steinarbeiterversammlung referierte am 26. November Kollege Ströbe-Beipzig. Als Thema war gewählt: Die Gewerkschaften und die bevorstehende Reichstagswahl. Der Redner verstand es vorzüglich, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Ausgehend von der Reichstagswahl 1907 schilderte er die politischen Zustände und vor allem wies er auf die damalige Wahlmacht der bürgerlichen Parteien hin. Behördlich sei 1907 vom Reichskanzler bis herab zum Nachtwächter für die bürgerlichen Parteien mobil gemacht worden. Viel seien den Wählern versprochen worden, jedoch gar nichts gehalten. Es könne am 12. Januar für die Gewerkschaften keine andre Wahlparole geben als: Für die Sozialdemokratie. (Starker Beifall.) Die vom Kassierer vortragene Quartalsabrechnung wurde auf Antrag der Revisoren richtiggelesen und der Kassierer entlastet. Unter Punkt 3 berichtete der Stättmeister über die angenommene Jahresstatistik. Für die durch Vollenbruch geschädigten Kollegen in Grünfeld sollen Sammelstellen zurückzuführen. Ein Antrag, für den Kollegen W. Hoffmannsunterstützung zu zahlen, wurde angenommen. Nach einem kräftigen Schlusssatz des Vorsitzenden fand die Versammlung ihr Ende. Hoffentlich sind die zukünftigen Versammlungen eben so gut besucht.

Demig. Die Granitarbeiter haben bekanntlich in ihrer Generalversammlung vom 13. November den Tarif abgelehnt, nachdem die Unternehmer dem billigen Verlangen der Arbeiter nicht nachgegeben sind. Man wird nun vielleicht in der Öffentlichkeit die Frage anstellen und sagen: „Na, da sind eben die Forderungen der Arbeiter zu hoch gewesen“, oder: „Es ist den Unternehmern wegen schlechten Geschäftsganges usw. vielleicht nicht möglich, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.“ Nichts von alledem. Aber einige Unternehmer wollen bei diesem Tarifabschluß auch noch ein glänzendes Geschäft machen; denn der § 14 besagt, daß die bisher gewährten Prozente, die teilweise gewährte Schärfe, Werkzeug und die bisher bestandenem höheren Lohnsätze, wie sie im Tarif vorgesehen sind, in Zukunft in Wegfall kommen. Oder hat man etwa die andern Positionen so erhöht, daß es sich ausgleichen mußte? Die Lage der Arbeiter interessiert anscheinend die Unternehmer nicht. Wie würden sich diese Herren entrichten, wenn man auch an ihrem Einkommen oder Gehalt rütteln wollte? Daß die Hartsteinindustriellen in der Kaufs geradegu glänzend dastehen, damit werden wir uns in einem andern Artikel beschäftigen. Wir können ferner offen sagen, daß die Herren Unternehmer durchaus nicht so tariffreundlich sind als wie es nach außen den Anschein erweckt; denn sonst hätte man schon längst mit den Arbeitern abschließen können. Oder waren etwa acht Monate gedulbigen Wartens noch zu kurz dazu, um sich über alles klar zu werden? Die Hartsteinindustriellen werden in weitgehendster Weise mit Staats- und Kommunalarbeiten bedacht, aber wenn es sich um Tarifverträge mit den Arbeitern handelt, da hat man kein großes Entgegenkommen für dieselben. Die Herren Unternehmer haben durch Ablehnung des § 14 nur das erreicht, daß die Erbitterung gegen sie immer mehr Platz greift, und der Organisation ein vorzügliches Agitationsmittel bietet. Kollegen! Es wird von euch verlangt, für die Familien zu sorgen, und da ist es eure verbammte Pflicht und Schuldigkeit, auch die Frauen davon zu unterrichten, denn gerade sie würden die Folge einer Lohninbuße bei der teuren Zeit am allermeisten fühlen. Wir haben unsere Meinung öffentlich zum Ausdruck gebracht, damit nicht die Unternehmer während der Reichstagswahl auf dem Plan erscheinen können und sagen: „Was wollt ihr denn? Wir wollen doch mit euch einen Tarif abschließen.“ Aber, wer te Herren, schließt man etwa deshalb einen Tarif mit den Arbeitern ab, um dabei noch ein Geschäft machen zu können? Die Kollegen sehen mit Ruhe den Maßnahmen der Unternehmer entgegen. Ein Teil der Unternehmer möchte gern mit uns abschließen, und zwar unter Berücksichtigung dessen, daß die §§ 14 und 15 abgeändert werden. Aber sie fürchten die Konventionalstrafe. — Man spricht davon, daß dieselbe 3000 Mark betragen soll. — Nun, das wäre ja auch ein schönes Weiwert zu dem Kapital: Rettet den Mittelstand!

Eßghershausen. Das Annawerk in Bruntenen hat schon wieder mal seine Arbeiter entlassen. Wie es heißt, aus Mangel an Aufträgen. Aus einer andern Quelle erfahren wir, daß etwas andres im Werke sei, der Aufsichtsrat wolle keine Gelder mehr bewilligen. Es ist möglich, daß beides zutrifft, nur uns will scheinen, als ob etwas andres dahinter steckt, denn immer ist uns von der Werksleitung gesagt worden, daß die Arbeitslöhne zu hoch seien. Wir sind der Meinung, daß das Werk wohl lebensfähig sein kann, wenn die Direktion sich entschließen würde, bei sich selbst anzufangen und zu sparen. In diesem Werke werden zwei Direktoren besoldet, ein Techniker, ein Bruchmeister und ein Helfenpolier bei einer Anzahl von 30 Arbeitern, davon 17 Steinmehgen. Daß hier unsere Kollegen nicht soviel herauswirkhaften können, wie der ganze Beamtentab an Lohn erhält, ist klar. Es laufen auch noch einige Leute herum, die noch Hausnechtsdienste bei der Werksleitung verrichten und nebenbei den schönen Posten eines Angebers versehen. Wie man sieht, kommt bald auf zwei Arbeiter ein Beamter, und das ist ein Verhältnis, welches auch den Aufsichtsrat stutzig machen muß. Es ist schade, daß das Werk nicht größer und mit den neuesten Einrichtungen versehen, eingerichtet wird. Eine bessere Lage wie hier kann sich niemand für einen Bruch denken und könnte hier ungemein was geschafft werden, wenn sich die Direktion dazu aufraffen würde. In diesem Betriebe waren alle Steinmehgen organisiert,

nur die Helfenarbeiter nicht. Bei diesen Arbeitern haben die Arbeitgeber und Aufpaffer ihre Dienste getan, es traut der eine dem andern nicht. Bei dem Hils-Dolomit- und Kalkwerke liegen die Verhältnisse fast ebenso, auch hier sind die Steinmehgen zum größten Teil entlassen. Hier herrscht die Betterwirtschaft ganz ungemein, wer mit dem Betriebsleiter ein bißchen verschwägert oder verwandt ist, erhält einen besonderen Posten. Dieses Werk wird sich, solange keine technische Kraft angestellt wird, niemals erholen können. Die Arbeiten werden meistens aus der zweiten oder dritten Hand angenommen. Was da für Preise herauskommen, kann sich jeder denken, der einigermaßen Bescheid weiß. Für uns ist hier noch ein großes Feld zu beackern, wir müssen unermüdblich in der Agitation sein, damit wir die Arbeiter in diesem Betriebe für uns gewinnen, dann können auch hier die Mißstände beseitigt werden. Die Entlassungen von Steinarbeitern sind eben hier an der Tagesordnung. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß seitens der betreffenden Firmen System in diese Entlassungen gebracht ist, und machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, falls diese Werke Steinmehgen suchen, sich erst bei der hiesigen Ortsleitung zu erkundigen. Sie werden sich dann vor Schaden bewahren.

Verbach. Hier fand am 26. November unsere Mitgliederversammlung statt, zu der Gauleiter Biewig erschienen war. Der Besuch der Versammlung hätte ein noch besser sein können. Biewig hielt zunächst einen Vortrag über die Verhältnisse der Hartsteinindustrie. Er schilderte, in welcher Weise die Großindustrie versteht, die Agitation der Arbeiter zurückzudrücken. Weiter wurde einem jeden aus Herz gelegt, zu agitieren, denn dadurch sind wir in der Lage, zu jeder Zeit den Industriellen entgegenzutreten zu können. Im Verschiedenen wurden zunächst die beruflichen Angelegenheiten besprochen. Weiter forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Versammlungen zukünftig besser zu besuchen und sich an der Vorträgen über die Krankenversicherung zu beteiligen.

Wiltensberg a. M. In einer Sitzung des Wiltensberger Handwerksvereins wurde über die schlechte Verkehrsverbindung mit den Untermainstädten bittere Klage geführt, da solche das Hauptabgabebiet für unsere Steinindustrie bilden. Es wurde betont, daß durch die schwache Beschäftigung in der Steinindustrie die betreffende Bevölkerung Not leide, da infolge schlechter Verbindung sich keine größeren industriellen Unternehmungen ansiedeln. Alle Anerkennung für das genannte Handwerksverein, welches die Not und Verarmung der Steinarbeiter betont. Diesem Bericht muß aber doch entgegengehalten werden, daß die Konjunktur heuer nicht so schlecht war. Im ganzen unteren Maintal wird auf allen Plätzen noch flott gearbeitet, es sind fast keine Kollegen arbeitslos. Im genannten Gebiet wird nach abgeschlossenen Tarifverträgen geschäftet, aber leider nicht danach bezahlt. Erstes Beispiel: Die Firma Franz Zeller beschäftigt in Wilschall zirka 100 Steinhauer, 13 Prozent gehen ab für Transportkosten, zirka 10 Prozent fehlen hier an der Berechnung. Hieraus kann jeder ersehen, was den Kollegen noch übrig bleibt. Dieses Abzwecken ist der Firma nur möglich, weil die Kollegen nicht tarifgewandt sind. Ferner droht bei jeder Gelegenheit die Firma Zeller, ihre sämtlichen Werkstätten in die Brüche zu verlegen; aber dieses Schredmittel wird die Firma niemals zur Ausführung bringen. Ein zweites Beispiel: Eine Firma Z. zahlt in Hardheim für ein Stück 22 Mark, in Bürgstadt kostet dasselbe Stück 11 Mark. Die Tarife sind doch deshalb da, daß sie gehalten werden. Niemals darf es wieder vorkommen, wie es leider früher oft der Fall war, daß Zahlstellen durch die Laune der Kollegen zu Grunde gehen. Das Maintal hat schon genug an Agitation gelostet. Kollegen, an euch liegt es laut Bericht des Handwerksvereins, euch vor Not und Verarmung zu schützen und eure Lage zu verbessern. Wenn am Sonntag ein Teil des Verdienstes fehlt, verlange dann ein jeder seinen tariflichen Lohn, zeige ein jeder Mut und Energie. Wir versuchen, daß unsere Position gestärkt wird, dann wird es auch möglich sein, daß der Tarif in all seinen Teilen durchgeführt wird.

Neusorg. Die Firma Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-A.-G. hatte am 24. Oktober ihren sämtlichen Steinmehgen gekündigt. Die Firma ist bestrebt, den flauen Geschäftsgang dazu zu benutzen, um der Arbeitererschaft in Zeiten der Lebensmittelerhöhung die ohnehin schon klägliche Lebensweise noch mehr zu verflummern. Denn sie verlangte von den Steinmehgen den Tarif etwas herabzusetzen, da derselbe zu hoch sei! Die Firma erklärte wiederholt, daß es ihr unter den hohen Tarifsätzen unmöglich ist, noch konkurrenz zu können. Da die Steinmehgen mit dem Verlangen der Firma nicht einverstanden waren, wurden sie entlassen. Da nun nach einigen Wochen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde von beiden Parteien das Schiedsgericht angerufen, das nun über die Angelegenheit ein Urteil herbeiführte und glaubte, damit beiden Parteien Rechnung getragen zu haben. Der Schiedsspruch lautete, daß uns die Grundpreise mit Ausnahme für Denkmalsarbeiten wie folgt reduziert werden: Flächen, die früher 9 Mark pro Quadratmeter, jetzt nur 8 Mark, Flächen, die früher 8 Mark pro Quadratmeter jetzt nur 7.50 Mark, solche, die früher 7 Mark pro Quadratmeter, jetzt 6.50 Mark und solche, die früher 6.50 Mark kosteten, jetzt nur mit 6 Mark pro Quadratmeter bezahlt werden, ebenso werden Glieden a laufenden Meter um 10 bis 15 Pfg. reduziert. Auch einige Sorten Handsteine wurden nicht außer acht gelassen und pro laufenden Meter um 10 bis 20 Pfg. herabgesetzt. Allerdings ist die Firma gehalten, die Werkstücke besser zu lassen, was früher nicht der Fall war. Hierzu möchten wir bemerken, daß durch das Ausbessern der Werkstücke wohl eine Erleichterung eingetreten ist, aber nicht im Verhältnis zu den herabgesetzten Preisen und die Steinmehgen gegen die früheren Verhältnisse demnach mit Verlust arbeiten müssen. Nun ist die Firma aber noch nicht zufrieden; einige Tage, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen war, wurde von der Firma neuerdings der Antrag gestellt, daß sich von jetzt ab die Steinmehgen die Werkstücke selbst aufbänken sollen, was seit Bestehen des Werkes durch Tagelöhner per Kran gemacht wurde. Es bedeutet das für die Steinmehgen eine neue Verschlechterung. Die Steinmehgen erklärten der Firma, daß sie das nicht annehmen, wo ohnehin schon die Preise reduziert seien und es bei den alten Verhältnissen bleiben muß. Die Firma beharrt nun auf ihrem Vorhaben, ja, sie liest auch aus dem Schiedsspruch heraus, daß die Steinmehgen das Aufbänken zu besorgen haben. In dem Schiedsspruch heißt es, daß die Werkstücke den Arbeitern im rohbofferten Zustande auf dem Werkplatz zu übergeben sind. Wir konstatieren ausdrücklich, daß zur Zeit des Schiedsgerichts vom Aufbänken keine Rede war. Nun wandten wir uns wiederum an das Schiedsgericht. Nachdem Herr Kommerzienrat Schiedler konstatierte, daß zur Zeit der Schiedsgerichtsverhandlung die Angelegenheit des Aufbänkens mit keinem Wort zur Sprache kam, kamen auch die beiden Herren Schiedler und Zahn der Firma noch zu Hilfe, um die Steinmehgen auch in dieser Sache niederzukämpfen, indem die Steinmehgen, nach Auffassung der beiden Herren, das Aufbänken zu besorgen hätten. Herr Kommerzienrat Schiedler meint, daß es kein unbilliges Verlangen der Firma ist. Was würde Herr Schiedler sagen, wenn seine Steinmehgen verlangen würden, die Werkstücke von jetzt ab durch die Tagelöhner auf die Hausbank bringen zu lassen? Würde es dann auch kein unbilliges Verlangen sein? Gewiß nicht! Etwas mehr Loyalität hätten wir von den beiden Herren Schiedsrichtern doch schon geliebt. Wir stellen nochmals fest: Solange das Werk Neusorg besteht, sind die Werkstücke den Steinmehgen durch die Tagelöhner per Kran auf die Hausbank gebracht worden. Da nun die Aufbänkgeschichte mit keinem Wort, wie oben schon angeführt, gestreift wurde, hätte die Auffassung der beiden Herren dahin lauten müssen, daß der alte Zustand bestehen bleibt. Wir protestieren gegen eine solche

**Bergewaldung und betrachten** also die Sache noch nicht für erledigt. Weiter möchten wir die Firma fragen, wie es mit dem Versprechen ist, alle Leute wieder einzustellen? Bis heute ist nun ein Teil unserer Kollegen noch nicht eingestellt, trotzdem Arbeit vorhanden ist und diese an die übrigen Werke verschickt wird.

Am 24. November wurde nun sämtlichen Steinmetzen, Bruchern und Zaglehnen in Köhne bei genannter Firma gekündigt, jedenfalls soll nun jetzt das Manöver im Bruch beginnen, und auch dort die Bühne zu kürzen. Fürwahr, ein Rufm für die „renommierte“ Firma A.-G. Hoffentlich ist dieser Vorgang, wie er sich abspielt, ein Ansporn für unsere Kollegen, ihre irdlichen Organisationen auszubauen, damit den Herren zu gegebener Zeit zu einem Tänzchen aufgespielt werden kann. Hoffentlich sehen auch die Christlichen ein, daß bei den schwarzen Heuchlern ihr Platz nicht ist, sondern nur im Deutschen Steinarbeiterverband.

**Porta bei Minden.** Schon seit einem halben Jahre annonciert die Firma Michels in verschiedenen Zeitungen, um Steinmetzen zu bekommen. Aber das nicht genug. So wurden auch noch einige Agenten abgeandt, und zwar nach Böhmen und Italien. Im böhmischen Fachorgan wurde eine Annonce losgelassen, die lautet: „50 Steinbauer werden bei hohem Akkordlohn gesucht.“ Mit Hilfe der Agenten sind denn auch 12 Kollegen angelommen. Da war nun die Firma froh, und der Agent hatte denn auch gesagt: Wir sollten nun ruhig streiken. Es wären gleich noch 30 Mann zur Reise bereit. Aber die Freude dauerte nicht lange, denn nach kurzer Zeit, als die Kollegen sahen, wie gründlich sie hereingefallen waren, kehrten sie der Firma wieder Rücken. Bemerkenswert sei, daß einigen Kollegen nicht soviel verdienen konnten, als ihr Logisgeld ausmachte, wofür sich die Firma aber verbürgt hatte und denn auch bezahlen mußte. Da nun die Böhmen der Firma keine Freude bereitet hatten, kamen dann mit Hilfe des zweiten Agenten acht Mann aus Italien. Aber wie verstimmt und verbittert waren diese Kollegen, als sie sahen, wie die hiesigen Verhältnisse lagen, gegenüber den Versprechungen des Agenten! Auch diese Leute haben nicht angefangen. Da war nun guter Rat teuer; so konnte sich die Firma mit den Kollegen nicht verständigen und sie war nun gezwungen, einen Dolmetscher herbeizuschaffen, der dann den Wunsch der Kollegen der Firma mitteilte, worauf sich dann die Firma schließlich entschloß, die Kollegen wieder unentgeltlich nach ihrer Heimat zu schicken. Also wieder Verdruß. Hoffentlich hat die Firma nun eingesehen, daß die organisierten Steinarbeiter, ob In- oder Ausländer, nicht in wildem Akkord, sondern nur nach einem geregelten Tarif arbeiten. Den durchreisenden Kollegen diene zur Nachricht, bei Arbeitsnachfrage sich zuerst beim Vorsitzenden zu erkundigen.

**Küders.** Am 26. November fand in Villa Nowa in Mittelsteine eine Delegiertenversammlung sämtlicher Zastellen der Deutsche statt. Der Vorsitzende verliest mehrere Briefe vom Zentralvorstand, vom Gauleiter und vom Kollegen Franke von Waldenburg. Nach kurzer Debatte und Prüfung der Bücher gilt die Beschwerde gegen den früheren Obmann als erledigt. Der Antrag, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, wurde mit Majorität abgelehnt. Ein Antrag Mittelsteine verlangt eine Urabstimmung über den § 11 des Statuts der Hilfskrankenkasse, welcher vom Besuch der Versammlungen handelt, weil er zu scharf ist. Als Obmann des Deutschenbezirks wurde Kollege Johann Fursche aus Wünschelburg und als ständiger Schriftführer Kollege Bek gewählt.

## Rundschau.

**Zur Aussperrung in St. Margrethen (Schweiz).** Wir ersuchen euch dringend, die weitmöglichste Agitation zu entfalten, damit die organisierten und nichtorganisierten Steinarbeiter über die Verhältnisse in St. Margrethen aufgeklärt werden. Die Aussperrung dauert fort und es ist keine Aussicht vorhanden, sie in diesem Jahre zu beendigen. Nachdem die Meister sahen, daß die Pfälzer Kollegen, die sie elendigst angelogen haben, unzufrieden werden und abreißen, haben sie weitere Agenten nach Deutschland, in andre Gebiete, gesandt, um Arbeitswillige anzuwerben. Man glaube all den Versprechungen dieser Menschenhändler nicht, sie haben noch nie ihr Wort gehalten. Kollegen, sorgt dafür, daß die Situation in St. Margrethen, die ohnehin durch die bis jetzt zugereisten deutschen Steinarbeiter arg verschlimmert wurde, nicht derart wird, daß sie uns zum Rückzuge zwingt, denn dadurch wäre die ganze schweizerische Steinarbeiterorganisation auf lange Jahre zertrümmert. Tue jeder seine Pflicht, um Arbeitswillige abzuhalten, hierher zu kommen.

**Zentralvorstand der Steinarbeiter der Schweiz.**  
Steinlieferungen. Folgende Ausfuhrungen wurden uns bekannt: Siegen, 2102 Kubikmeter Basaltkrohen; Bernburg, 1000 Kubikmeter Rosafeldstein, 2228 Meter Hochbordsteine und 10000 Quadratmeter Groß- und Kleinpflastersteine; Köln, Eisenbahnbauamt, 4700 Quadratmeter Pflastersteine; Mainz, Eisenbahnbauamt, 690 Quadratmeter Steinmetzarbeiten, sogenannte „Blender“; Gera, Bahnbauverwaltung, 3458 Quadratmeter Pflastersteine; Wegebauamt, 4200 Kubikmeter Basaltkrohen; Barmen, Städtische Verwaltung, 9900 Quadratmeter Grauwackepflastersteine; Londern, Magistrat, 2760 Quadratmeter Pflastersteine.

Eine Zweigniederlassung seines Dresdener Steinmetzbetriebes hat nun auch Herr Karl Paetsche in Berlin gegründet. Die Firma wird wahrscheinlich in der Reichshauptstadt ihren roten Riesengebirgsgranit auf den Markt bringen. Wir glauben auch, daß sich dieser Granit sehr bald bei den renommiertesten Baufirmen eingebürgert haben wird.

Aus der schlesischen Granitindustrie. Wie der „Deutsche Steinbildhauer“ mitteilt, sind die dem Unternehmensverbande noch fernstehenden Steinbruchbesitzer in Schlesien gefonnen, ab 1. Januar 1912 genannter Organisation beizutreten.

Eine Stütze des § 133 der Gewerbeordnung. Während des Streiks in der Badischen Amilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen forderte die Direktion die Arbeitswilligen auf, etwaige Belästigungen durch die Streikenden zu melden. Die Direktion gab dann die eingegangenen Beschwerden als Angelegenheiten weiter. Auf Grund einer solchen Anzeige hatten sich zwei Arbeiter vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil sie einen Arbeitswilligen Bachmann beleidigt haben sollten. Bachmann fuhr mit der Lokalbahn zur Arbeit und sah, daß die beiden Arbeiter beieinander standen und sprachen. Vor Gericht verführte er unter seinem Eid, wie er gehört habe, wie der eine gegen ihn eine beleidigende Aeußerung tat und dabei mit der Hand nach ihm zeigte. Auf wiederholte Vorhaltungen durch den Gerichtsvorsitzenden blieb er bei seiner Aussage. Von den Angeschuldigten wurde einer freigesprochen, der zweite erhielt drei Tage Gefängnis. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, die mit Freisprechung für den Streikführer endete. Zuerst wurden die Entlastungszeugen vernommen. Als Bachmann vernommen werden sollte, machte der Angeklagte geltend, daß Bachmann geistig minderwertig sei; zum Beweis hatte er auch den Feuerwehrehauptmann seines Ortes als Sachverständigen mitgebracht, der einzelne Proben Bachmannscher Geistesblitzen zum Besten gab. Nunmehr sollte Bachmann verurteilt werden und konnte nicht einmal die Gidesformel nachsprechen. Als er die Worte nachsprechen sollte: „Und nichts hinzuzusetzen werde“, sagte er: „Nein, ich sehe mich nicht.“ Antant den Schlusssatz: „So wahr mir Gott helfe“, nachzusprechen, sagte er: „Gott helfe mir net, nee.“ Nach diesem tragikomischen Vorgang im Gerichtssaal ver-

stärkte der Staatsanwalt auf die Vernehmung des Belastungszeugen und beantragte selbst Freisprechung.

**Der Meineid eines Streikbrechers.** In einer vor dem Landgericht Leipzig verhandelten Strafsache wegen Streikvergehens beschwor der als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft vernommene Arbeitswillige Schlosser Fischer, daß er noch nie vorbehaftet sei. Da der Arbeitswillige mit seiner dem Streikenden belastenden Aussage den Angaben anderer Zeugen direkt gegenüberstand, wurde, um die Glaubwürdigkeit des Arbeitswilligen zu ergründen, dessen Strafregisterauszug herbeigezogen, der die überraschende Tatsache ergab, daß der Zeuge bereits fünfmal wegen Diebstahls, Fehlerlei und Bettelns vorbestraft ist. Auf nochmaliges Vorhalten stotterte das „nützliche Element“, er wenne sich nicht mehr darauf besinnen, es seien wahrscheinlich Jugendeleien gewesen. Der Mann sieht seiner Verurteilung wegen Meineids entgegen. Der angebliche Streikführer mußte freigesprochen werden.

**Aus dem österreichischen Steinarbeiterverband.** Unser Wiener Bruderblatt enthält in der Nr. 24 folgende Bekanntmachung: „Mittelungen des Verbandsvorstandes. Unser Zentralkassierer Bohumil Sirotel tritt, nachdem er durch die separatistische, tschecho-slawische Gewerkschaftskommission in Prag den Posten eines Sekretärs der in Wien abgesplitterten separatistischen Gewerkschaftsgruppen erhalten hat, am 1. Dezember 1911 als Abgestellter aus unserm Verbands aus. Die Kassengeschäfte übernimmt bis zur Instandsetzung des neuen Zentralkassierers provisorisch Kollege Müller.“

Kollege Sirotel hat auch in Schlesien und Sachsen gearbeitet und ist unsern deutschen Kollegen sehr wohl bekannt. Sein Gewinnswechsel und sein Uebertritt zur separatistischen Organisation muß als Verrat bezeichnet werden.

**Genossenschaftliche Produktion in Großbritannien.** Interessante Ausführungen über die genossenschaftliche Produktion machte kürzlich einer der Führer der schottischen Konsumvereinsbewegung. Er behandelte zunächst die vielen Hunderte von Gründungen von Produktivgenossenschaften, von denen mindestens 80 bis 90 Prozent elend Schiffsbruch gelitten haben, so daß ihren einzigen Erfolg die dabei gesammelten Erfahrungen bildeten. Dem stellte er dann die Erfolge gegenüber, die die Großverkaufsgesellschaften in Großbritannien mit ihrer Produktion gehabt haben, die freilich nicht, wie die der Produktivgenossenschaften, für den Markt berechnet ist, sondern für einen bereits zusammengefügten bekannten Konsumentenkreis mit bekanntem Bedarf. Außerdem stehen den Großverkaufsgesellschaften, wenn sie mit der Eigenproduktion beginnen, nicht nur aus ihrem Handelsgeschäft her die nötigen Ziffern über den Bedarf und die Nachfrage, die der Name der Großverkaufsgesellschaft allgemein bedeutet, zur Verfügung, sondern auch genügend große Geldmittel, um über die erste Zeit der Schwierigkeiten glatt hinwegzukommen, an denen die Produktivgenossenschaften so leicht gescheitert sind. Der Gesamtwert der Eigenproduktion der Großverkaufsgesellschaft betrug 1910 19 Millionen Mark, während die Produktivgenossenschaften im selben Jahre nur für 65 Millionen Mark umsetzten. In den zehn Jahren von 1900 bis 1910 stieg der Wert der Produktion der Großverkaufsgesellschaft um 109 Millionen Mark, während der der Produktivgenossenschaften in derselben Zeit nur um 5 Millionen Mark stieg. Gewiß hat der Redner recht, wenn er das einen überzeugenden Beweis für die Ueberlegenheit der Großverkaufsgesellschaft auf dem Gebiet der Produktion hält. In Deutschland hat die Zentralisierung der Konsumvereine bekanntlich erst in neuester Zeit eingesetzt. Wenn die Mitglieder der Konsumvereine das rechte Verständnis für die Wichtigkeit einer großartigen Eigenproduktion zeigen, werden wir zweifelsohne der britischen Bewegung entsprechende Resultate erzielen.

**Unglücksfälle im Steinbruch.** Am 25. November verunglückte der Hilfsarbeiter August Lehner aus Oberneudorf in dem der Firma Sparmann gehörigen Steinbruch Kangel, indem er an einer sechs Meter tiefen Stelle in den Steinbruch stürzte. Ebenfalls der Böhmer Karl Antzberger aus Schwer verunglückte am 28. November der Steinarbeiter Karl Kengel im Steinbruch zu Tröbitz. Er trug einen rechtseitigen Beinbruch davon, der jedenfalls den Verlust des Beines zur Folge haben wird. Desgleichen verunglückte am 30. November der Steinarbeiter Ernst Stiebig aus Schmölln im Bruch Grund tödlich. Es ist dies binnen acht Tagen der vierte Unglücksfall. Wir werden hierzu noch nachträglich Stellung nehmen.

## Anzeigen

**Lauban.**  
Sonntag, den 10. Dez., vorm. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
**Steinarbeiter-Versammlung.**  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Härtewerk  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jodets, Leder- und Quastkissen, in eigener Anfertigung empfindlich preiswert

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Marmorarbeiter**  
für dauernde, gutbezahlte Beschäftigung gesucht.  
Sächsische Serpentinsteingewerkschaft  
Zöblitz (Erzgebirge).

**Mehrere tüchtige Steinbauer**  
für unsere Werkstatt und  
**Mehrere tücht. Pflastersteinarbeiter**  
finden lohnende Beschäftigung. Für Pflastersteine erste Sorte werden pro Stück 11 Pfg. bezahlt.  
Spezial- und Granitwerke vormals Merz & Komp.  
in Gross-Biberau (Odenwald).

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 27. Novbr. bis mit 2. Dezbr. 1911.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)  
Cöln, B. 49.20, K. 0.80, Div. 30.—, Weissenstadt, B. 504.—, Rindisch, B. 23.50, E. 24.—, Königsfütter, B. 99.96, K. 0.10, Kirchheim, B. 600.—, Cöln II, B. 280.—, E. 15.—, Bielefeld, B. 25.—, Mägeln, B. 4.20, Zittau, B. 2.40, Pölit, K. 0.80, Rathenow, 1.50, Klingenberg, B. 2.—, Münster, B. 4.80, Markranstädt, B. 4.80, Eiterhagen, B. 28.—, K. 1.—, Frankfurt a. M., B. 300.—, K. 10.—, Gasserode, B. 120.—, Perischdorf, B. 14.—, Jena, B. 31.80, E. 6.—, Plauen, B. 30.—, K. 10.20, Reiffenhäusen, B. 21.—, K. 3.75, Langenlaza, B. 250.—, E. 5.—, K. 12.—, Heibelberg, B. 60.50, Hof i. Bay., B. 152.—, K. 5.—, Gelsenkirchen, B. 100.—, Falkenhain, B. 249.90, K. 0.10, Demitz, B. 420.—, Grimmitzschau, B. 4.80, Droyßig, B. 14.80, Mürr-Arnsdorf, B. 22.10, K. 0.40, Selb, B. 63.—, K. 3.40, Schwarzenbach, B. 588.—, Stettin, B. 100.—, Röllfeld, B. 63.70, K. 4.50, Gausenberg, B. 112.—, K. 2.—, Emmendingen, B. 100.—, Stralsund, B. 11.80, Ostrowo, B. 5.—, Nieder-Schwedeldorf, B. 3.10, Pilmersdorf, B. 3.—, Beudja, B. 710.—, Götzenau, B. 200.—, Hauswalde, B. 75.26, E. 10.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.  
Selbstsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

**Andlau (Baden).** Der Steinmetz Rudolf Pabbian, geb. am 24. November 1886 in Benedig, möchte unzulänglich seine Adresse an den Kassierer Anton Pulger in Andlau einfinden.  
**Bielefeld.** Die Reiseunterstützung wird bei Gastwirt Otto Zindfleisch, Bürgerweg 14, ausgezahlt.  
**Hausberge-Kindel.** Sollten sich in einer Zahlstelle die holländischen Steinmetzen Heinrich Bergen und Johann van der Bichl anmelden, so bitte um deren Adresse.  
Joh. Zumbachweiler, Steinmetz, Hackfeldstraße 2.  
**Lauban.** Der Steinmetz Hub. Schubert möchte seine Adresse einfinden an  
Artur Prießel, Steinmetz.

## Adressen-Henderungen.

Höchst a. M. Vorj.: Ludwig Gump, Königsteiner Str. 85.  
Heibelberg. Kass.: Christian Bauer, Schloßberg 4.  
Rindisch. Vorj.: Max Haupe, Röderbrunn (Post Dretmig).  
Kass.: Gustav Grefschel, Burtau (Sachsen).  
Regensburg. Gauleiter P. Mittenmeier wohnt ab 7. Dezember: Regensburg-Dehbetten, Nr. 27.

## Briefkasten.

Dr. Darüber bestehen Aufzeichnungen nicht. — C. Die zukünftige Gauleitung wird gern Abhilfe schaffen. Die Adresse ist Dir bekannt. — Unternehmer. Die Zeichnung wird abgelehnt. Warum der Kernfrage ausweichen. — J. Ist noch völlig unbestimmt. Besten Gruß! — Fr. Darüber können wir momentan nichts veröffentlichen. — 145. Wenn der Zeuge standhält, steht Deine Sache günstig. Lasse uns etliche Zeilen nach dem Ausgang des Prozesses zukommen. — Friedenhausen. Wir berichten darüber summarisch. Viele Grüße! — F. in S. Nur a bissl Geduld. — (?) Ja, nach § 39 Abs. 4 des Strafgesetzbuchs kann die höhere Landespolizeibehörde die Ausländer ausweisen. — M. Du glaubst zu schieben, und Du wirst geschoben. — C. Darüber erhältst brieflich Bescheid. — T. Wie es in den Orten Reffelsdorf und Warthau mit der Arbeitslosigkeit bestellt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Besten Gruß!  
Einige Berichte und Artikel mußten wegen Raummangels zurückgestellt werden.

## Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

## Tüchtiger Schmied

welcher auch andere Brucharbeit mit verrichtet, sowie  
**2 bis 3 Steinmetzen**  
sotort gesucht. Joseph Dortner (Bellingsche Granitbrüche),  
Clausnitz-Markersdorf (Bezirk Leipzig).

## Tüchtige Steinmetzen

sucht **Granitwerk Seiffert, Meissen.**  
**Zwei tüchtige Marmorschleifer**  
f. Rundschleifmasch. per sofort gesucht. Stundenlohn 50—55 Pfg.  
C. Schwartz, Marmorwarenfabrik, Hadersleben.

**Gesucht Firmen,** die vermittelt  
**Pressluft und Sandstrahlen Buchstaben und**  
**Konturen auf Marmor stanzen**  
sowie vollständige Installation von Marmorfabriken übernehmen. — Gefällige Offerten an  
**Gebr. Segal, Moskau (Russland)**  
Brünowsky pereulock Nr. 11.

## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)  
In Reffelsdorf am 22. Nov. der Kollege Hieronymus Högg, 38 Jahre alt, an Lungenfibrosin.  
In Liebethal (Zahlstelle Pirna) der Kollege Gustav Piehisch, 57 Jahre alt, an Herzschlag.  
In Mittelsteine am 22. November der Kollege Gustav Franke, 32 Jahre alt, an der Veruzkrankheit. — Der Verstorbene war drei Jahre leidend.  
In Nieggersdorf (Zahlstelle Strehlen) am 27. Novbr. der Kollege Robert Seidel, 45 Jahre alt, an der Veruzkrankheit. — Die Kollegen von Nieggersdorf verlieren in ihm einen guten Kollegen und tüchtigen Agitator.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Es gibt nur zwei Wege, ein bedeutendes Ziel zu erreichen: Gewalt und Folge. Jene wird leicht verfaßt, reizt zur Gegenwirkung und ist überhaupt nur wenigen Begünstigten vertriehen. Folge aber, beharrliche, strenge, kann auch vom Kleinsten angewendet werden und wird selten ihr Ziel verfehlen, da ihre stille Macht im Laufe der Zeit unaufhaltsam wächst. Goethe.

Mit der größten Unruhe verfolgen die bestehenden und herrschenden Klassen die glänzende und stetige Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung. Und da ihnen die Arbeiterbewegung ein Rätsel geblieben ist, so ist es ihnen auch völlig unverständlich, daß die von ihnen gehabte und verfolgte Bewegung trotz allen Mitteln zur Niederhaltung, trotz Gewalt und Verleumdung so überaus großartig wächst und gedeiht. Den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung ist eben jedes Gefühl für die trostlose Lage des arbeitenden Volkes, für die wirtschaftliche und politische Knechtschaft der Unbemittelten abhanden gekommen. Sie haben sich so sehr an die Tatsache der unsagbar traurigen und schlechten sozialen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft gewöhnt, daß sie in dem Glauben und der Unterwürfigkeit der arbeitenden Bevölkerung nichts absonderliches und unwürdiges mehr erblicken. Treten demnach leise moralische Vorwürfe und Gewissensbisse bei ihnen auf, so sind schnell allerhand beruhigende Phrasen bei der Hand, nach denen sich ein jeder in die von Gott gewollte Ordnung fügen soll, noch denen es immer Reichtum und Armut gegeben hat und geben wird. Es soll damit wohl glaubhaft gemacht werden, daß alle beabsichtigten Maßnahmen zur Heilung des sozialen Übels erfolglos sein müßten oder gar ein frevelhaftes Unternehmen genannt zu werden verdienten, dem mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden muß.

Für die organisierten Arbeiter hat sich die Durchsichtigkeit und Halbsichtigkeit dieser Argumentation längst herausgestellt. Sie sind nicht mehr gewillt, sich dem Zwang einer Ordnung zu fügen, die dem arbeitenden Volk die Früchte seiner Arbeit nimmt, um den Besitzenden ungeachtete Reichthümer zugänglich zu machen. Die organisierte Arbeiterschaft hat erkannt, daß die wirtschaftliche und politische Knechtschaft trotz allen wirtschaftlichen und technischen Aufschwungs nicht aufhört zu sein. Dauern können noch wie vor weite Kreise des Volkes ihren Bedarf an Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern nur ungenügend decken, dauernd erhält sich deshalb der Zustand der Produktionsbeschränkungen und der sich mehrenden Arbeitslosigkeit. Dazu kommt noch die Steuerpolitik der bürgerlichen Mehrheitsparteien und der Regierung, so daß die arbeitende Bevölkerung keine Möglichkeit sieht, innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung zur wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung zu gelangen, ja, nicht einmal ein menschenwürdiges Dasein für die große Masse des Volkes erscheint erreichbar.

Da bleibt den arbeitenden Klassen nur ein Mittel, zu menschenwürdigen Zuständen und zur Freiheit zu gelangen: die organisierte Selbsthilfe. Durch die Organisation der Massen des arbeitenden Volkes ist der Weg gewiesen, der aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft herausführt. Auf keine Bewegung passen die vorausschauenden Worte Goethes so sehr, wie auf die moderne Arbeiterbewegung. Die gewalttätigen Kampfmittel überläßt sie gern den blindwütigen Arbeiterfeinden aller Richtungen, die damit nur die gute Sache des arbeitenden Volkes fördern. Dafür aber verfolgt sie mit strenger Beharrlichkeit ihr Ziel. In der modernen Arbeiterbewegung liegt deshalb von allem Anfang an das Element des Erfolges, auch deshalb, weil die beharrliche und strenge Verfolgung des Zieles von jedem einzelnen Zugehörigen der Organisation angewendet werden kann und auch angewendet wird. Weil in jedem Mitglied ein Kämpfer erstanden ist, ber die stille Macht der Organisation im Laufe der Zeit mehr. Diese Tatsache sollte mehr noch als bisher zu einem Ansporn für alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden, in unermüdlicher Werbearbeit für die Organisation, für die Mehrung ihrer Macht tätig zusein. Die beharrliche Verfolgung des hohen Zieles kann auch vom Kleinsten geübt werden! Das sollte sich ein jeder merken und es allen sagen!

Sehr oft stellt die beharrliche Verfolgung des von der Arbeiterbewegung gesteckten Zieles hohe Anforderungen an die einzelnen Mitglieder der Organisation. Besonders bei den wirtschaftlichen Kämpfen der Gewerkschaften müssen gerade von den einzelnen Mitgliedern große Opfer gebracht werden. Aber das zeichnet ja immer wieder die Arbeiterbewegung aus, daß die Mitglieder eiserne Disziplin zu halten wissen, daß ihr Solidaritätsgefühl und ihr Opfermut es ermöglichen, die stille Macht der Organisation unausgesetzt zu mehren. An den schönsten und ermunterndsten Beispielen hat es nie gefehlt, und täglich kommen neue hinzu. Die Starrsinnigkeit des industriellen Unternehmertums ist häufig genug zum Anlaß für die kämpfenden Arbeiter geworden, Disziplin, Solidarität und Opfermut zu betätigen. Ein außerordentlich lehrreiches Beispiel bietet der Kampf in der Hamburger Holzindustrie.

Der Kampf, der für Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und für die Anerkennung des paritätischen Arbeits-

nachweises geführt werden mußte, gestaltete sich durch die Unnachgiebigkeit des Unternehmertums außerordentlich langwierig. Die Unternehmer bezeichneten die Forderungen als unerfüllbar und diktatorisch, der Ausgang des Kampfes bewies aber etwas ganz anderes. Die Unternehmer wollten es auf eine Machtprobe ankommen lassen, da sie es mit ihrer Würde als „Arbeitgeber“ und „Herren im Hause“ nicht vereinbar hielten, sich „Bedingungen“ von den Arbeitern „vorschreiben“ zu lassen. Es ist einfach wahr, daß es den Arbeitern darauf ankommt, den Unternehmern die Bedingungen zu diktieren. Wahr ist, daß die Arbeiter auch für sich das Recht in Anspruch nehmen, den Preis ihrer Ware Arbeitskraft den jeweiligen Bedürfnissen und den Preisverhältnissen anzupassen, wie es die übrigen Bevölkerungskreise auch tun. Wahr ist, daß die Unternehmer deshalb vorgeben, sich nicht der „Diktatur“ der Gewerkschaften fügen zu können, weil sie ihren ablehrenden Standpunkt nicht auf ihre Herrsch- und Profitgier zurückzuführen wollen. Die Arbeiter aber müssen im Kampfe ausbarren, weil ihre Kräfte fortgesetzt in steigendem Maße vom profitgierigen Unternehmertum in Anspruch genommen werden, weil sie gegen Gesundheitschädigung und Unterernährung ankämpfen müssen. Deshalb auch brachten die Hamburger Holzarbeiter das Opfer, in heldenmütigem Kampfe dreißig Wochen lang auszuharren! Und ihre Beharrlichkeit führte zum Sieg! Als am 28. Oktober die kämpfenden Parteien nochmals zusammentraten, um über die Einigung zu verhandeln, als die Verhandlungen abermals an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer scheiterten, da entschloß sich die Zentralschiedskommission für das deutsche Holzgewerbe, die zur Leitung der Verhandlungen berufen war, die Streitfragen durch Schiedsspruch zu entscheiden. Der Schiedsspruch erkannte nicht nur die gerechten Forderungen der Arbeiter an, er billigte ihnen auch noch an Lohnerhöhung 2 Pfg. pro Stunde mehr zu, als sie gefordert hatten! Nunmehr erkannten auch die Hamburger Unternehmer die Forderungen an, indem sie den Schiedsspruch akzeptierten. Der vereinbarte Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1912.

Ein glänzender Sieg! Ein herrlicher Erfolg zielbewussten Ausbarrens! Die Hamburger Holzarbeiter wissen es und sie haben es allen gelehrt: Beharrliche Folge, auch vom Kleinsten angewendet, führt zum Ziel und mehrt die stille Macht der Organisation! Denn, das mögen alle Arbeiter bedenken, nur durch die Organisation ist ihnen Kampf und Erfolg ermöglicht, und nur durch eine unermüdliche Werbearbeit für die Organisation wird der Kampf ausschlagreich und der Erfolg größer und dauernder. Die Arbeiter müssen daher nicht nur für ihre Forderungen kämpfen, sie müssen auch vor allem für ihre Organisation wirken.

## Eigenartige Praktiken.

Die Wirtschaftliche Vereinigung der Steinsegelemeister Leipzigs bezweckt ausgesprochenem Maße eine möglichst hohe Haltung der Preise und es liegt in der Natur der Sache, daß die Stadt Leipzig dabei in der Hauptsache der leidende Teil ist. Für diese Arbeiten ist ein Tarif aufgestellt. In dessen sind die Mitglieder berechtigt, bis 10 Prozent unter Tarif zu veranschlagen. In diesem Falle hat das Mitglied jedoch die Pflicht, den Differenzbetrag, mindestens aber 10 Prozent der Tariffumme, an die Vereinigung abzuliefern. Wird der Betrag nicht vier Wochen nach Fertigstellung der Arbeit abgeliefert, so wird ein Sichtwechsel präsentiert. Die Gelder werden wieder unter die Mitglieder verteilt.

Diese Bestimmung hat offensichtlich den Hauptzweck, die Preise für die Steinsegelearbeiten möglichst hoch zu halten, andererseits aber soll es auch dem einzelnen ermöglicht werden, billigere Angebote zu machen, um Arbeiten zu erlangen. Gleichwohl aber wird der Betreffende bei seinem billigeren Angebot kein besonderes Geschäft machen, da er außerdem noch die Differenzsumme zwischen dem Tarifpreise und seinem Angebot an die Organisation abzuführen hat. Hieraus folgt die Konsequenz, daß der Steinsegelemeister, der der Vereinigung angehört, nur ein geringes Interesse daran hat, seine Arbeit unter dem Tarif anzubieten, vorausgesetzt, daß die Bestimmung des Statuts von ihm ehrlich eingehalten wird.

Der Steinsegelemeister Niedel in Eutritzsch hat nun mehrere Arbeiten für die Stadt Leipzig ausgeführt und hat auch regelmäßig die Differenzbeträge an die Vereinigung abgeliefert. In dessen beschuldigt er die Firmen Raule und Schwabach, daß sie zu geringe Differenzbeträge entrichtet hätten. Niedel hat nun in einem Briefe vom 8. März 1911 dem Vorsitzenden der Vereinigung, Schwabach, und dem Kassierer, Börner, den Vorwurf des Betruges gemacht, weil die Abrechnung wegen der zu geringen Einzahlung durch die Firmen Raule und Schwabach falsch sei und weil infolgedessen bei der Verteilung auf den einzelnen zu geringe Beträge kämen und er daher direkt betrogen sei.

Niedel hatte zuvor schon Anzeige wegen Betruges bei der Staatsanwaltschaft erhoben, aber das Verfahren ist eingestellt worden. Dagegen erhoben die Herren Börner und Schwabach Privatbeleidigungsklage gegen Niedel, und dieser wurde vom Schöffengericht zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aber Niedel legte Berufung ans Landgericht ein, vor dem am 26. November die ganze Angelegenheit erörtert wurde. Niedel behauptete, daß die Sache so gedruckt worden sei, als ob die Firmen Raule und Schwabach fälschlich angegeben hätten, die

Preise der von ihnen ausgeführten Arbeiten ließen sich im Anschlag nicht genau feststellen, weil sich die Massen nicht vorweg berechnen ließen. Die Firmen hätten deshalb nur 10 Prozent abgeführt, während der Differenzbetrag höher gewesen sei und sich sehr wohl hätte genau berechnen lassen.

Das Landgericht kam zu einer Freisprechung Nidels. Auffällig waren auch dem Landgericht die geringen Differenzbeträge, die die Firmen Schwabach und Raule eingezahlt hatten, aber objektiv konnte der Angeklagte keine Beschuldigung nicht beweisen. In dessen sprach das Gericht ihm den guten Glauben zu.

## Statistisches über die Steinindustrie Bayerns.

Das statistische Jahrbuch über das Königreich Bayern enthält über die Bedeutung der Steinindustrie in den letzten 5 Jahren sehr interessante Ziffern. Wir heben daraus hervor:

Jahr	Betriebene Werke	Durchschnittliche Arbeiterzahl	Produktion	
			Menge in Tonnen	Wert in 1000 Mk.
Sandstein				
1910	569	3126	492 581	2828
1909	572	3444	526 035	3302
1908	590	3052	525 760	2836
1907	570	3654	579 390	3146
1906	610	4280	522 358	3331
Granit				
1910	169	3172	351 600	2088
1909	128	3167	248 571	1884
1908	165	3667	325 817	2474
1907	169	4119	320 728	2955
1906	177	3808	268 836	2935
Basalt				
1910	19	906	800 886	1418
1909	20	931	628 505	1152
1908	22	917	745 948	1308
1907	19	977	740 882	1756
1906	19	1067	758 725	1600
Porphyr, Melaphyr, Diabas, Serpentin				
1910	55	1846	586 560	1333
1909	61	1840	556 678	1520
1908	55	1858	472 885	1818
1907	59	2255	600 321	1700
1906	60	2027	563 831	1424
Kalkstein, Marmor und Dolomit				
1910	384	2091	967 689	1922
1909	377	2487	1 044 010	2122
1908	360	2289	968 268	1930
1907	357	2927	890 347	1698
1906	376	2170	905 618	1732
Sithographiesteine				
1910	23	624	9 790	1320
1909	38	513	9 420	1061
1908	38	743	9 858	1057
1907	22	748	11 500	1281
1906	41	981	15 079	1547

Da fällt zunächst auf, daß die Zahl der Betriebe merklich zurückgegangen ist, besonders in der Sandsteinbranche. Es hat allerdings im Jahre 1911 die Sandsteinindustrie wieder einen flotteren Geschäftsgang aufzuweisen, aber die dominierende Stellung des Jahres 1906 wird sie kaum mehr einnehmen.

Die Granitindustrie ist, soweit die Arbeiterzahl in Frage kommt, auch etwas zurückgegangen. Aber diese Erscheinung scheint damit gelöst zu sein, daß in dieser Gruppe die Maschinenarbeit ungeheuer zunimmt und somit die menschliche Arbeitskraft teilweise ausgeschaltet werden konnte. Mit der ausländischen Pflastersteineinfuhr kann das Zurückgehen der Zahl der Beschäftigten absolut nicht begründet werden. Wir wollen allerdings nicht verhehlen, daß der mitteldeutsche Basalt dem bayerischen Pflasterstein sehr empfindsame Konkurrenz macht.

Auf gleicher Höhe hielt sich etwa die Kalkstein-, Marmor- und Dolomitindustrie. Die Muschelschalebetriebe können sich aber nicht mehr vergrößern, es wird das Rohmaterial immer kostspieliger werden. Die Muschelschale sind im Durchschnitt nur 2-3 m hoch, und so werden Geländeflächen von 1-2 Morgen sehr schnell verbraucht.

Im Bayerischen waren somit im Jahre 1910 11765 Arbeiter in der Steinindustrie beschäftigt, organisiert sind davon in unserem Verbands 6136. Die zu betreibende Agitation kann uns noch sehr schöne Erfolge bringen.

## Die Färbung von Marmor

ist wiederholt Gegenstand von Anfragen gewesen. In der Zeitschrift: Neueste Erfindungen und Erfahrungen (Herausgegeben von Dr. Th. Koller), 37. Jahrgang, 1. Heft, finden sich folgende Angaben, die vielleicht praktisch verwertet werden können:

Selbst der dichteste Marmor zeigt einen ziemlich hohen Grad von Porosität, und braucht man ein Marmorstück nur durch eine gewisse Zeit in Wasser zu legen, um die Wahrnehmung zu machen, daß der Stein bis zu einer Tiefe von 2 bis 3 Millimeter feucht wird. Auf diese Porosität des Marmors gründet sich das Färben desselben, und wird letzteres auf zweifache Weise ausgeführt: entweder dadurch, daß man in dem Marmor eine farbige chemische Verbindung erzeugt, oder daß man ihn geradezu mit einem gelösten Farbstoff imprägniert. Das erstgenannte Verfahren ist entschieden das wertvollere, indem die in dem Steine selbst erzeugten Farben beim Aussehen des Marmors an Licht und Luft unveränderlich und so tief eingedrungen sind, daß man sogar den Stein leicht überschleifen kann, ohne die Färbung wegzunehmen. Die bloß durch Imprägnieren des Marmors mit den Lösungen von Farbstoffen hergestellten Farben zeigen eben die Eigenschaften aller dieser Farbstoffe: Wenn man sie der Einwirkung des Lichtes und der Witterung aussetzt, findet bald ein Verbläuen der Farbe statt.

Die Färbung unter Anwendung von Körpern, welche als farbige Niederschläge in den Poren des Marmors enthalten sind, wird etwa in folgender Weise auszuführen sein. Für Gelb: Man tränkt jene Stellen, welche gelb erscheinen sollen, mit einer Lösung von Bleizucker und bemalt, nachdem diese trockengeworden sind, mittelst eines feinen Haarpinzels die betr. Stellen mit einer Lösung von doppeltchromsaurem Kali in Wasser. Es bildet sich dann Chromgelb und entsteht dann eine gelbe Zeichnung auf

dem Marmor. Die Lösung des doppeltchromsauren Kali soll ziemlich verdünnt angewendet werden, Stellen, welche tiefer gelb gefärbt erscheinen sollen, werden wiederholt mit der Lösung behandelt. Ein sehr schönes, aber auch kostspieligeres Gelb läßt sich herstellen, wenn man den Marmor, welcher aber in diesem Falle ganz frei von Eisenverbindungen sein muß, mit einer Lösung von Schwefelblei in Wasser tränkt und dann mit einer Lösung von Natriumvitriol bemalt. Es entsteht dann in dem Marmor Schwefelkadmium, die unter dem Namen Indischgelb bekannte prachtvoll gelb gefärbte Malerfarbe.

Gelb kann noch hergestellt werden mit einer Lösung von Auripigment in Ammoniak — Salmiakgeist —, einer Lösung von Pikrinsäure oder Gummigutti in Alkohol.

Rot wird erhalten durch Beizen des Steins mit einer Lösung von Zinnkalz und nachheriger Behandlung mit einer alkoholischen Lösung von Drachenblut oder einer Abkochung von Rosenhülle. Dunkelrot erzielt man durch Auftragen einer Lösung von doppeltchromsaurem Kali und Uebermalen mit einer Lösung von Höllenstein in Wasser — 1 : 20 —. Mit diesen beiden Farben lassen sich prachtvolle Nachbildungen des rosso antico herstellen.

Grün wird durch Behandeln mit einer Grünspanlösung erhalten; besonders schön erhält man die Färbung auf folgende Art: destillierter Grünspan wird mit Wachs zusammengeschmolzen und die Masse auf jene Stellen der Steine gebracht, welche gefärbt werden sollen. Durch ein über die Masse gehaltenes heißes Eisen bringt man sie wieder zum Schmelzen und erhält nach Entfernung der nicht eingedrungenen Masse den Stein in der Färbung des verde antico.

Braun wird durch Bestreichen des Steins mit einer Lösung von Kaliumpermanganat — übermangansaurem Kali — und nach dem Trocknen durch Behandeln mit einer Zuckerslösung erhalten.

Blau stellt man durch Behandeln mit Eisenvitriol und dann mit rotem Blutlaugensalz dar oder durch Auftragen von Indigokarminlösung.

Grau bis Schwarz: Behandeln mit sehr verdünnter Lösung von salzsaurem Anilin für Grau, mit konzentrierterem für Schwarz und dann mit einer Lösung von Schwefelkupfer in Ammoniak oder durch Behandeln des Steins mit einer Abkochung von Galläpfeln, der man etwas Blauholzextrakt zugefügt hat, und dann mit Eisenvitriol.

## Winters Einzug.

Langsam zieht der Winter ins Land  
Als siegende Majestäät;  
Was an vergessenen Blumen er fand,  
Wird alles hinweggemäht.  
Überall, wohin auch das Auge blickt,  
Alles nur grau und faßl;  
Was sonst das Menschenherz entzückt,  
Alles öde und faßl.  
Melancholisch schaust du zurück  
Auf sonnige Sommertage;  
Laß das Vergangene, es kehrt nicht zurück,  
Wozu die herbe Klage? —  
Eifrig wehen die Stürme aus Ost,  
Des Winters getrene Basallen.  
Mensch, ergib dich nur — „widerstandslos“  
Bist seiner Macht du verfallen.  
Was nützt dein Kämpfen? Du bist zu schwach  
Gegen Naturgewalten;  
Majestäät Winter wird — „konsequent“ —  
Streng seines Amtes walten.

Jenny Horn.

# Abrechnung der Zahlstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter vom 1. Juli bis 30. September 1911.

Zahlstellen	Rechnungs-Nummer	Einnahme											Ausgabe																	Saldo	Bilanz
		Hauptbeiträge					Einnahmen aus anderen Quellen		Unterstützungen				Verwaltungskosten			Sonstige Ausgaben			Sonstige Einnahmen												
		60	50	40	30	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige	sonstige					
<b>1. Berlin.</b>	1054977	3525	689040	18320	11640	176840	17120	1971462	366	12	54526	15236	8550	5000	61104	66938	12825	53775	146	825353	1146109	1060	16	18	8	36	20	116	31	11	
<b>2. Striegau.</b>	1360743	4425	8330	140	31415	1440	13490	188230	23087	2469330	591	12	56160	18735	8750	623207	69061	71212	22770	58317	106	1008102	1454652	7076	1316						
<b>3. Dresden.</b>	2145371	13378	3807601	1326650	110320	103420	32495	110735	122711	400	4387837	55833	417	303060	390	18666	14650	1172062	153217	56967	31088	189758	37670	2113681	2274166						
<b>4. Bregenz.</b>	4763707	20678	955020	13883	1622	217920	50380	38614	188842	808658	20733	666	4285	21	90	304678	330	6920	86284	1836519	411270	59566	47621	111110	66549	3088232	5017426				
<b>5. Erfurt.</b>	1299043	14625	3978	6364	124260	91230	13160	156766	48811	2691115	1350	26580	26	45	122175	30	931426	58617	22739	9420	70705	39245	1292326	1390409	8380	2022					
<b>6. Hannover.</b>	344763	1750	2820	42150	36160	15	6540	59615	33910	807388	22308	16950	6550	36525	60	3	250762	28338	14810	8470	30704	140	432717	374671							
<b>7. Göttingen.</b>	2070733	13750	636480	2447	4779	259470	31640	248545	75599	14890	5547817	1573708	159850	49076	20	164225	150	248	845	944233	121066	84451	25591	295991	17495	3481937	2065800				



